

Mit Vergesellschaftung gegen die Ohnmacht

Potenziale eines emanzipatorischen Hegemonieprojekts
für die sozial-ökologische Transformation im Energiesektor

Impressum

Autor*innen: Lemon Bahnierl, Andrea Dieck, Justus Henze, Lukas Warning, Maximilian Wilken

communia e. V., 2024
Im Winkel 1
32816 Schieder-Schwalenberg

www.communia.de

Kontakt: info@communia.de

V. i. S. d. P.: Maximilian Wilken
Lektorat: Monika Elsler

Gestaltung: Ramin Aryaie
Druck: 100 % Recyclingpapier, OKTOBERDRUCK GmbH

ISBN: 978-3-948250-90-4

Eine Studie von communia im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



Gefördert von:



Supported in part by a grant from the Open Society Foundation gGmbH
in cooperation with the Open Society Foundations.

Akteurs- und Strategieanalyse

Mit Vergesellschaftung gegen die Ohnmacht

Potenziale eines emanzipatorischen Hegemonieprojekts für die
sozial-ökologische Transformation im Energiesektor



Im Auftrag der





Inhaltsverzeichnis

Vorwort
Einleitung

Kapitel 1: Ausgangslage und Methodik

Kapitel 2: Die Hegemonieprojekte

2.1 Aktuelle Entwicklung der Projekte

- 2.1.1 Grün-kapitalistisches Projekt
- 2.1.2 Fossilistisch-konservatives Projekt
- 2.1.3 Reaktionäres Projekt
- 2.1.4 Sozial-defensives Projekt

2.2 Rekonfiguration der Hegemonieprojekte im Rahmen sich zuspitzender Polarisierung

- 2.2.1 Annäherung des grün-kapitalistischen und des fossilistisch-konservativen Projekts
- 2.2.2 Fossilistisch-reaktionäre Allianzen

2.3 Emanzipatorische Anknüpfungspunkte in den Dynamiken der Kämpfe um Hegemonie

- Exkurs: Gewerkschaften in unbehaglicher (Neu-)Positionierung



Kapitel 3: Emanzipatorisches Hegemonieprojekt

3.1 Die wichtigsten Akteure und Positionen

3.2 Aktuelle Entwicklungen: Praxisformen und inhaltliche Orientierung

3.2.1 Kontinuität disruptiver Aktionsformen

3.2.2 Institutionelle Integration und Transformation

3.2.3 Organizing und Labour Turn

3.2.4 Vergesellschaftung als aufkeimender inhaltlicher Bezugspunkt

Kasten: Vergesellschaftung

Kapitel 4: Vergesellschaftung als verbindende Perspektive

4.1 Herausforderungen für ein emanzipatorisches Projekt

4.1.1 Ökologische Klassenpolitik

Kasten: Ökologische Klassenpolitik beim Automobilzulieferer GKN

4.1.2 Eine umfassende Erzählung mit Umsetzungsperspektive

4.1.3 Einstiegsprojekte

Kasten: Gemeinwirtschaft im Energiesektor

4.2 Politische Praxis und Organisationsformen für Vergesellschaftung

4.2.1 Volksentscheide als Praxisform für Vergesellschaftung

4.2.2 Organisationsformen für den Aufbau von Macht und gesellschaftlicher Selbstverwaltung

Vorwort

Der sozial-ökologische Umbau ist umkämpft wie nie, rechte Parteien und Einstellungen gewinnen an Zuspund. Das hat vielfältige Gründe. Einer ist sicherlich, dass die Ampel-Regierung daran scheitert, die finanziellen Lasten, die aus der Transformation erwachsen, gerecht umzuverteilen, und Perspektiven zu eröffnen, wie die Transformation ein besseres Leben für die Vielen ermöglichen kann. Vielmehr stellt die Zukunft sich für etliche Menschen als bedrohlich dar: Weil sich der Klimawandel immer rasanter zuspitzt, jedoch die politischen Weichenstellungen um Jahre hinterherhinken. Weil die notwendigen Transformationen Ängste auslösen. Aber eben auch, weil finanzielle Belastungen – nicht nur im Zuge der Dekarbonisierung der Wirtschaft – wachsen und zugleich die Systeme der öffentlichen sozialen Daseinsvorsorge weiter in die Krise geraten. Damit wird der Alltag für viele Menschen immer herausfordernder und eine positive Zukunftsvision ist nicht in Sicht.

Klar ist: Solch eine positive Zukunftsvision hat viele Facetten und Bausteine. Die Frage danach, was ein klimagerechteres, aber eben auch sozialeres und demokratischeres Energiesystem ausmacht, gehört unbedingt dazu. In diesem Sinne haben sich die Autor*innen dieser Studie, allesamt organisiert bei *communia*, in ihrer Arbeit dem Ziel verschrieben, in enger Zusammenarbeit mit Akteuren der Klimabewegung die Möglichkeiten und Potenziale einer demokratischen Energiewende voranzubringen.

„Energiedemokratie“, auch im Sinne einer dezentralen, öffentlichen sowie genoss*innenschaftlichen Energieproduktion, die demokratisch organisiert und geplant werden sollte, aber auch die Rekommunalisierung von Stadtwerken, die Vergesellschaftung der Netzinfrastrukturen und vieles mehr sind schon seit langem Orientierungspunkte der Partei DIE LINKE und Gegenstand zahlreicher Projekte der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Die vorliegende Akteurs- und Strategieanalyse stellt nun eine wichtige Aktualisierung dar und ist ein Baustein in einem größeren *communia*-Projekt.

Sie analysiert in einem ersten Teil (Kapitel 1 und 2), in welchen politischen Konjunkturen und Kräfteverhältnissen derzeit um eine sozial-ökologische Transformation gerungen wird. Auf dieser Grundlage lotet die Analyse in einem zweiten Teil (Kapitel 3 und 4) Potenziale und Bedingungen für ein emanzipatorisches Gegenprojekt aus, das die Eigentumsfrage und Forderungen nach Vergesellschaftung im Energiesektor ins strategische und mobilisierende Zentrum stellt. Denn an der Eigentumsfrage scheitert vieles. Zwar gehören die großen Energiekonzerne längst auch zu den großen Playern im Feld der erneuerbaren Energien, sie halten aber weiterhin am fossilen Geschäftsmodell fest. Das Zurückdrängen fossilistischer Beharrungskräfte kann aber nur gelingen, wenn die gesellschaftliche Verfügungsmacht über zentrale Felder wie die Energieversorgung demokratisch ausgeweitet wird und jegliche Investitions- und Versorgungspolitiken tatsächlich an ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtet werden. Sei es bei Fragen des schnellen, aber eben auch konsequent sozialverträglichen Ausstiegs aus fossilen Energieträgern oder sei es bei der Prämisse, dass die Versorgung mit einem lebensnotwendigen Gut wie Energie kein Feld für profitgetriebene Privatinteressen sein sollte, sondern dem Gemeinwohl zu dienen hat.

Es ist das Verdienst dieser Studie, die Ausgangsbedingungen für solche politischen Kämpfe einzuordnen und Gedanken für Kampagnen und Projekte der politischen Praxis und Organisationsformen zu formulieren. So trägt die Untersuchung hoffentlich dazu bei, Akteure zu orientieren und zu inspirieren, die sich infolge der wichtigen Vergesellschaftungsdebatte um die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen auf den Weg gemacht haben, eine klimagerechte und demokratische Welt auch im Energiesektor voranzutreiben und eine positive Zukunftsvision zu prägen, die mehr Menschen für ein emanzipatorisches Gegenprojekt gewinnt und der Ohnmacht entgegenwirkt.

Eva Völpel

*Referentin für Wirtschafts- und Sozialpolitik
der Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Einleitung

Die derzeitigen Eigentums- und Machtverhältnisse stehen einem Einhalten der 1,5°-Grenze und dem dafür notwendigen Umbau von Energiesektor und Wirtschaft unversöhnlich entgegen. Statt diesen Widerspruch zu lösen, ist die aktuelle Politik in der Regierung und in Teilen der Opposition bestimmt vom Versuch, den Kapitalismus zu retten, indem er „grün“ umgebaut wird. Dabei werden fossile „Brückentechnologien“ wie Gas und problematische Ansätze wie CCU/CCS¹ sowie der undifferenzierte Umbau von Gasinfrastruktur für Wasserstoffnutzung mittlerweile konsequent als Teillösungen integriert, da eine umfassendere Transformation ein Infragestellen der Eigentumsordnung erfordern würde. Diesem technikfixierten grün-kapitalistischen Projekt stehen erstarkende reaktionäre und nationalistische Kräfte gegenüber, die den fossilistischen Status quo viel entschiedener verteidigen.

Die Dominanz dieser zwei „Lösungswege“ zur Bearbeitung der sozial-ökologischen Vielfachkrise – durch die grün-kapitalistische Modernisierung einerseits und eine völkisch-rassistisch geprägte Verhinderung jeder ökologisch motivierten Transformation andererseits – führt aktuell zu einer bedrückenden Polarisierung („Grüne“ vs. „AfD“). Der Krieg gegen die Ukraine und die dadurch ausgelöste Energiekrise, die heraufbeschworene Blockkonfrontation zwischen dem Westen und China sowie eine zunehmende geopolitische Fokussierung Deutschlands, der EU und anderer auf die imperiale Sicherung von Ressourcen verschärfen diese Polarisierung. Sie alle führen zu einer immer stärkeren Verzahnung von Energie- mit sogenannter Sicherheitspolitik, d. h. mit Aufrüstung und Abschottung.

Demgegenüber steht ein sozial und global gerechter, demokratischer und ökologisch konsequenter Umbau von Energieversorgung und Wirtschaft aktuell nicht zur Debatte. Was zum Durchbrechen der destruktiven Polarisierung zwischen kapitalistischem Mainstream und extremer Rechten fehlt, ist ein vereinendes und begeisterndes Gegenprojekt von links. Dieses müsste die Eigentumsfrage als Anker- und Fluchtpunkt positionieren: Denn erst eine Verschiebung der Eigentumsordnung ermöglicht eine Trans-

formation geleitet von Gemeinwohl- statt Konzerninteressen.

Der Vergesellschaftung und Demokratisierung des Energiesektors als Fundament der Wirtschaft wohnen das Potenzial inne, einen wichtigen Bezugspunkt für ein aufzubauendes – und bereits im Entstehen begriffenes – emanzipatorisches Projekt zu bilden. Die Vergesellschaftung des Energiesektors könnte eine bedingungslose und bedarfsgerechte Versorgung mit erneuerbarer Energie für alle sicherstellen, und dadurch Klimagerechtigkeit mit sozialer Sicherheit verbinden.

Ausgehend von einer historisch-materialistischen Politikanalyse sozial-ökologischer Hegemonieprojekte in Deutschland² fragen wir nach den derzeitigen Machtverhältnissen in und zwischen den dominanten widerstreitenden (und in sich widersprüchlichen) Bearbeitungsansätzen sozial-ökologischer Krisen. Ebenfalls fragen wir danach, wie sich zentrale Akteure darin oder dazu verhalten. Dabei geht es uns darum, die Hürden und Potenziale für ein emanzipatorisches Hegemonieprojekt zu identifizieren. Wir beleuchten die aktuellen Konstellationen und Widersprüchlichkeiten innerhalb und zwischen dem dominanten grün-kapitalistischen Projekt und seinen konservativen und reaktionären Gegenspielern. Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen in den aktuellen Auseinandersetzungen um Energiepolitik bieten Anknüpfungspunkte für ein neu auszuformulierendes emanzipatorisches Gegenprojekt. Ausgehend von dessen aktueller Akteurskonstellation und Verfasstheit diskutieren wir strategische und organisatorische Perspektiven, Potenziale und Hürden für die Formierung eines progressiven gegenhegemonialen Projekts, das sich um den Kern der Eigentumsfrage und der Vergesellschaftung im Energiesektor formieren könnte. Aus unserer Analyse folgt ein Ausblick auf mögliche Akteurskonstellationen und konkrete strategische Perspektiven für ein starkes Projekt, das neue Hoffnung geben kann, indem es einen Ausweg aus der vermeintlich einzigen Wahl zwischen grünem Kapitalismus einerseits und Faschismus andererseits.

1 Die Abkürzungen stehen für „Carbon Capture & Utilization“ und „Carbon Capture & Storage“

2 Sander, Hendrik: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022.



Der eingetragene Verein communia entwickelt seit 2020 als bewegungsnaher Thinktank Strategien für eine demokratische Wirtschaft, Vergesellschaftung und Öffentlichen Luxus. Dazu unterstützen wir soziale Bewegungen, die sich für Vergesellschaftung einsetzen und alternative, öffentliche und demokratische Eigentumsmodelle erproben, um Klimakrise und Ungleichheit zu überwinden. Wir gestalten Politik, forschen und entwickeln neue Erzählungen für eine Wirtschaft, die den Vielen dient – weil sie den Vielen gehört.

Im Oktober 2022 veranstalteten wir die erste große Vergesellschaftungskonferenz in Berlin mit. Im März 2024 folgte die zweite Auflage unter dem Motto Let's Socialize: Vergesellschaftung als Strategie für Klimagerechtigkeit. Im Herbst 2023 veröffentlichten wir gemeinsam mit der BUNDjugend unser Buch Öffentlicher Luxus. In diesem formulierten wir mit zahlreichen Autor*innen den bedingungslosen Zugang zu demokratisch organisierten Grunddiensten für alle als progressives Projekt und zentralen Hebel für Klimagerechtigkeit und gegen Armut und Ungleichheit aus. Die vorliegende Studie ist ein weiterer Baustein in der Entwicklung fachlicher und bewegungsstrategischer Grundlagen für eine demokratische Energiewende und die Vergesellschaftung fossiler Energiekonzerne nach Artikel 15 des Grundgesetzes. Unser Anspruch ist, wissenschaftlich fundierte Analyse für die praktische politische Arbeit nutzbar zu machen.

www.communia.de

1

Ausgangslage und Methodik³

3 Dieses Kapitel beruht in Teilen auf unserem Artikel im Sammelband „Vergesellschaftung und die sozialökologische Frage“: Banhierl, Lemon / Henze, Justus / Wilken, Maximilian: Eine strategische Perspektive entwickeln. In: Pfaff, Tino (Hrsg.): Vergesellschaftung und die sozialökologische Frage. Oekom, München, 2024, S. 211–224.

Die Überführung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft zum Zwecke der Vergesellschaftung ist seit 1949 im Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik Deutschland verankert. Der entsprechende Artikel 15 GG wurde jedoch noch nie angewandt. Bereits in den 1980er Jahren gab es Debatten um die Möglichkeiten der Vergesellschaftung, insbesondere in Bezug auf die Stahlindustrie.⁴ Etwa seit Beginn dieses Jahrzehnts ist die Diskussion neu entfacht und hat, allen voran durch die Initiative *Deutsche Wohnen & Co enteignen*, neue Kraft entfaltet. Im Zusammenhang mit der Berliner Mieter*innenbewegung, und vor allem durch diese angeregt, wurden in den letzten Jahren zahlreiche Studien, Bücher,

Sammelbände und Gutachten verfasst.⁵ Gleichzeitig sind weitere Initiativen und Kampagnen entstanden; zunehmend wird Vergesellschaftung sowohl akademisch als auch praxisorientiert-aktivistisch als relevante oder sogar zentrale Strategie auch für andere Politikbereiche, insbesondere Care, Landwirtschaft, Mobilität, Energie sowie übergreifend für Klimagerechtigkeit diskutiert.⁶

Die vorliegende Studie steht im Kontext dieser Debatten. Sie soll insbesondere für den bewegungsstrategischen Diskurs einen Beitrag leisten, um gemeinsam der Realisation einer demokratischen Wirtschaft einen Schritt näher zu kommen.

Geleitet wird diese Studie von der Frage, wie ein emanzipatorischer, sozial und ökologisch gerechter

4 Hoffrogge, Ralf: Gemeineigentum als Krisenlösung – Die IG Metall und die Bewegung zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie 1980–1987. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 71, Nr. 9/2023, S. 738759.

5 Berndt, Mathias / Holm, Andrej: Vergesellschaftung senkt die Miete. Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2023;
Deutsche Wohnen & Co enteignen: Wie Vergesellschaftung gelingt. Zum Stand der Debatte. Parthas Verlag, Berlin, 2022;
Deutsche Wohnen & Co enteignen. Gemeingut Wohnen. Berlin, 2023;
Expertenkommission zum Volksentscheid „Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen“: Abschlussbericht. Berlin, 2023.

6 communia (Hrsg.): Neue Energie für Vergesellschaftung – Vergesellschaftung für neue Energie. Schieder-Schwalenberg, 2023;
RWE & Co enteignen: Nehmen was uns zusteht. Klimagerechtigkeit heißt Vergesellschaftung. 2023;
Brunnemann, Eva / Rosswog, Tobias (Hrsg.): VW steht für Verkehrswende. Konversion & Vergesellschaftung zwischen Theorie und Praxis. Graswurzelrevolution, Heidelberg, 2023;
Langlotz, Gesine: Wir müssen über die Vergesellschaftung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sprechen. Dissens Podcast, 2023;
Berfelde, Rabea / Blumenfeld, Jakob: Von der Vergesellschaftung zur Planung und wieder zurück. Über alte und neue Debatten um Wirtschaftsplanung und Vergesellschaftung. In: Demokratische Planwirtschaft in Zeiten von Digitalisierung und Klimakrise. PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 54, Nr. 215, 2024, S. 177–193;
Stoll, Niklas: Vergesellschaftung als Transformationsstrategie. PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 52, Nr. 209, 2022, S. 631–648;
Fried, Barbara / Wischniewski, Alex: Care-Arbeit vergesellschaften. Kommunalpolitische Werkzeugkiste für eine „Sorgende Stadt“. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2024.

Umbau der Wirtschaft im Allgemeinen und des Energiesektors im Besonderen gelingen kann. Dafür ist ein starkes emanzipatorisches Hegemonieprojekt notwendig, das es so zur Zeit nicht gibt. In unserem Anliegen, die aktuellen Machtkonstellationen, konkurrierende Hegemonieprojekte und das Potenzial eines emanzipatorischen Hegemonieprojekts zu untersuchen, leitet uns der Ansatz der historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA), die in der Tradition von Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas steht.

Nach Gramsci liegt politische Herrschaft nicht allein im staatlichen Gewaltmonopol begründet, sondern ist mehr noch als im Staat in der Zivilgesellschaft wirksam.⁷ Demnach wird Herrschaft nicht vorrangig als Zwang, sondern als moralische, politische und intellektuelle Führung ausgeübt, die die (passive) Zustimmung zum Bestehenden sichert.⁸ Solche Herrschaft nennt Gramsci Hegemonie. Für politische Kämpfe bedeutet das, dass sie immer (auch) außerhalb von staatlichen Institutionen in der Zivilgesellschaft geführt werden.

Gramsci ging dabei davon aus, dass die politischen Kämpfe solche zwischen Klassen sind. Dabei denkt er Klassen nicht als „einfach gegebene politische Akteure mit festgelegten, vorab bestimmbar Interessen“, sondern als „plurale Zusammensetzung unterschiedlicher Gruppen“, die sich „erst im Prozess der Entwicklung politischer Ziele, geteilter Werte und kollektiver Praxis [...] als Klassen heraus[bilden]“⁹. Hegemonial kann eine Klasse (oder Klassenfraktion) dabei nur werden, wenn es ihr gelingt, andere Gruppen im Rahmen einer gemeinsamen Perspektive und durch das Eingehen von Kompromissen einzubinden und so ein bestimmtes Kräfteverhältnis temporär zu stabilisieren. Das Verständnis des Prozesses der Vereinigung und Stabilisierung von Herrschaft wurde im Anschluss an Gramsci von kritischen Politikwissenschaftler*innen weiterentwickelt. Dabei hat sich aus

der Einsicht in die Umkämpftheit von Hegemonie unter anderem das Konzept der Hegemonieprojekte entwickelt. Innerhalb von Staat und Zivilgesellschaft kämpfen stets verschiedene Projekte darum, hegemonial zu werden. Hegemonieprojekte entstehen dabei nicht einfach aufgrund von geteilten Interessen, sondern erfordern konkrete, abgegrenzte politische Projekte, die Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme anbieten. So ermöglichen sie, dass sich unterschiedliche Akteurskonstellationen dynamisch zusammenschließen. Hegemonieprojekte sind dabei jedoch keine organisierten, klar abgrenzbaren Bündnisse. Vielmehr sind sie als analytische „Aggregation von sehr unterschiedlich motivierten und oft nebeneinander ablaufenden Taktiken und Strategien“¹⁰ verschiedener zivilgesellschaftlicher und politisch-institutioneller Akteure zu verstehen, deren Strategien sich „vor dem Hintergrund [ihrer] jeweiligen Situations- und Problemanalysen“¹¹ herausbilden.

Mit dem Konzept der Hegemonieprojekte lässt sich die aktuelle Situation der Linken besser verstehen. Aufgrund der vielfachen Krisen – Weltwirtschaftskrise ab 2007, Eurokrise ab 2010, Corona-Krise, Ukrainekrieg, Klimakollaps und extreme Armut und Ungleichheit –, die auch als Krisen des Neoliberalismus interpretierbar sind, wurde das Ringen um Hegemonie im letzten Jahrzehnt vielfach als offen eingeschätzt.¹² Die bis dahin bestehende neoliberale Hegemonie erschien vielen als beendet, wodurch sich ein Raum für die Entwicklung neuer Hegemonieprojekte bildete. In dieser Phase des Interregnums, in der keine Kraft über Hegemonie verfügte, entwickelten sich in Deutschland und global sowohl rechte als auch linke Alternativprojekte, die danach strebten, hegemonial zu werden. Aufgrund der Zuspitzung von sozial-ökologischen Krisen positionierten sie sich zu immer stärkeren Teilen um die Frage der ökologischen Transformation. Es bleibt festzuhalten, dass

7 Vgl. Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. Bd. 4. Argument Verlag, Hamburg, 1992.

8 Vgl. Buckel, Sonja et al.: Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Transcript, Bielefeld, 2014, S. 15–84, hier: S. 31.

9 Ebd. S. 20.

10 Kannankulam, John / Georgi, Fabian: Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen (Arbeitspapier Nr. 30). Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Phillips-Universität-Marburg, 2012, S. 35.

11 Buckel, Sonja et al.: Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Transcript, Bielefeld, 2014, S. 15–84, hier: S. 46.

12 Vgl. bspw. Candeias, Mario: Interregnum – molekulare Verdichtung und organische Krise. In: Demirović, Alex et al. (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. VSA Verlag, Hamburg, 2011, S. 45–61.

das *graue* oder neoliberale Projekt weiterhin relevant und mächtig ist, und dass die etablierten neoliberalen Institutionen und Politiken, wie beispielsweise die Schuldenbremse, heute die Arena der politischen Kämpfe darstellen. Um diese überwinden zu können, müsste ein neues Hegemonieprojekt hegemonial werden. Dies aber ist bislang nicht zu beobachten. Vielmehr ringen seit Jahren mehrere starke und sich schnell wandelnde Hegemonieprojekte miteinander, ohne dass sich eines nachhaltig als hegemonial etablieren kann. Mittlerweile zeichnet sich jedoch die Dominanz eines grün-kapitalistischen Projekts ab, das einer hegemonialen Stellung am nächsten kommt.

Eine Übersicht über diese Projekte (für die BRD) hat 2022 Hendrik Sander in einer Studie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung vorgelegt.¹³ Das für lange Zeit hegemoniale fossilistisch-neoliberale *graue* Projekt wurde seit den 1970er Jahren zunehmend von einem erstarkenden ökologisch motivierten *grünen* Projekt infrage gestellt. Beide haben sich Sanders Analyse zufolge in der Folge weiter ausdifferenziert. 2022 identifizierte er heuristisch die folgenden fünf Hegemonieprojekte: Das erste, nunmehr dominante wird von Sander als grün-kapitalistisches Hegemonieprojekt bezeichnet. Es stellt den Kern des ehemaligen *grünen* Projekts dar und vereint „inzwischen die meisten liberalen, auf Wandel und Modernisierung setzenden Kräfte in der Gesellschaft. Das Ziel des Projekts ist es, die ökologische Krise zu bearbeiten und zu einer Erneuerung der Gesellschaft und des Kapitalismus in Deutschland zu nutzen. Der Fokus liegt auf einer Bearbeitung der Klimakrise und der Etablierung einer klimaneutralen Produktions- und Lebensweise, allerdings auf Basis der bisherigen gesellschaftlichen Strukturen.“¹⁴ Trotz dieser Erfolge betrachten wir das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt nicht als hegemonial, sondern als lediglich dominant – zu umkämpft und wechselhaft ist die Dynamik zwischen den gesellschaftlichen Kräften. Derzeit wird das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt insbesondere von

rechter Seite herausgefordert. Dort haben sich ausgehend von dem alten *grauen* zwei starke, einander teils überschneidende Hegemonieprojekte herausgebildet. Neben dem alten Kern des grauen Projekts, dem fossilistisch-konservativen Hegemonieprojekt, das Sander als zweites Projekt aufführt und als „Manifestation einer immer noch starken konservativen und privilegierten Strömung in der breiten Bevölkerung und der Bourgeoisie“ versteht, der es darum geht, „traditionelle, von einer sozial-ökologischen Transformation bedrohte Industrien und (imperiale) Lebensweisen zu verteidigen und ein fossilistisch-ressourcenintensives, wachstumsorientiertes Wirtschaftsmodell langfristig zu sichern“¹⁵, sieht Sander das dritte, reaktionäre Hegemonieprojekt als „Ausdruck des neu formierten und erstarkten rechten Pols in der deutschen Gesellschaft“. Diesem geht es darum, „weiße und patriarchale materielle Privilegien zu verteidigen und jedwede sozial-ökologische Transformation zu verhindern“.¹⁶ Politisch schwer zu verorten und am schwächsten konturiert sieht Sander das vierte, sozial-defensive Projekt, dessen Ziel es ist, „soziale Sicherheiten und prekäre ökonomische Lebensbedingungen gegen Zumutungen durch unsoziale neoliberale, aber auch sozial-ökologische Politiken zu verteidigen“.¹⁷ Im fünften, dem emanzipatorischen Projekt, das aus dem radikaleren Flügel des ehemaligen *grünen* Projekts hervorgegangen ist, verdichten sich links des grün-kapitalistischen Projektes „die sozialen und ökologischen Kämpfe, Bewegungen und Akteure der letzten Jahre“: „Das Ziel des emanzipatorischen Projekts ist ein system change, also die fundamentale Transformation der bestehenden Gesellschaft, um die grundlegenden Ursachen der sozial-ökologischen Krise zu beseitigen.“¹⁸

Zuletzt ist es dem grün-kapitalistischen Projekt laut Sander gelungen, „wesentliche Teile der Bourgeoisie [...] einschließlich der großen Konzerne und Leitbranchen“¹⁹ hinter sich zu versammeln und sich zunehmend auch in den „Kernstrategien und -pro-

13 Sander, Hendrik: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022.

14 Ebd., S. 7.

15 Ebd.

16 Ebd.

17 Ebd.

18 Ebd., S. 8.

19 Ebd.

grammen der dominanten Staatsapparate“²⁰ zu verdichten. Die Dominanz dieses Projektes wurde in den letzten Jahren insbesondere von rechts infrage gestellt, während nach 2008 linke Protestbewegungen und Parteien (nicht nur in der BRD) zwar immer wieder große Dynamik entfalten, sich jedoch kaum stabilisieren konnten. Sander spricht dem emanzipatorischen Projekt dementsprechend „in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation [...] kaum [...] hegemoniales Potenzial“ zu.²¹

Im folgenden Kapitel 2 aktualisieren wir ausgehend von Sanders Heuristik zunächst die Analyse der vier prominenten Hegemonieprojekte, bevor wir auf das emanzipatorische Gegenprojekt eingehen. Wir diskutieren anhand der Entwicklungen der letzten Jahre, ob sich die von Sander vorgeschlagene Differenzierung der Projekte so noch aufrechterhalten lässt. Dabei interessieren uns besonders die Spannungen und Widersprüchlichkeiten innerhalb und zwischen diesen Projekten. Den Schwerpunkt legen wir dabei aus forschungspragmatischen Gründen auf Parteien, Gewerkschaften und ihr Umfeld, ohne anderen Akteuren (NGOs, Medien etc.) ihre Relevanz abzusprechen. Auf Grundlage der aktuellen Spannungen und dynamischen Entwicklungen identifizieren wir im letzten Abschnitt des Kapitels erste Anknüpfungspunkte und Bündnisoptionen, die sich für ein emanzipatorisches Projekt ergeben könnten.

Anschließend stellen wir die aktuelle (krisenhafte) Situation des emanzipatorischen Gegenprojekts und dessen Entwicklung in den letzten Jahren dar (Kapitel 3). Wir konstatieren, dass es für ein wachsendes gegenhegemoniales Projekt derzeit unter anderem an einer vereinenden Perspektive fehlt, und schlagen die Eigentumsfrage allgemein und Vergesellschaftung als Strategie und konkretere Form als ein solches einendes Element vor. Schließlich identifizieren wir vier Herausforderungen, die Vergesellschaftung als vereinende Perspektive eines emanzipatorischen Projekts meistern muss, und skizzieren Anforderungen an Organisations- und Praxisformen (Kapitel 4).

20 Ebd., S. 24

21 Ebd., S. 26

2

Die Hegemonieprojekte

In den zurückliegenden Jahren haben sich die Inhalte, Ziele, Machtpositionen und Dynamiken des grün-kapitalistischen, des fossilistisch-konservativen, des reaktionären und des sozial-defensiven Projekts verschoben und dynamisch entwickelt. Im Folgenden zeigen wir, dass die Klassifizierung von Sander nichtsdestotrotz weiterhin sinnvoll ist – auch und gerade weil sie einen Blick auf Spannungen und Widersprüchlichkeiten zwischen diesen Projekten und damit Eingriffspunkte für ein emanzipatorisches Gegenprojekt ermöglicht.

2.1 Aktuelle Entwicklung der Projekte

Vordergründig hat sich das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt als dominantes Projekt etabliert und prägt die Politik von Bundesregierung und EU. Demgegenüber wächst bedrohlich ein reaktionäres Projekt als wichtigster und mit Abstand am stärksten konturierter Gegenspieler, wie das Erstarken der AfD, aber auch die allgemeinen Trends in fast der gesamten EU zeigen. Eine zentrale These dieser Studie ist, dass die Zentrifugalkräfte dieser zunehmend polarisierten Situation dazu führen, dass große Teile des sozial-defensiven und des fossilistisch-konservativen Projekts strategische Bündnisse mit einem der beiden Pole eingehen. Dadurch prägen und verändern sie die beiden Machtblöcke und vor allem das grün-kapitalistische Projekt selbst auf bedeutsame Weise, werden jedoch (vorübergehend) als eigene Projekte weniger erkennbar. Zugleich ist nicht davon auszugehen, dass diese Projekte vollends in den beiden Polen aufgehen. Deshalb lohnt sich ein Blick auf die idealtypischen Akteure und Positionen aller Projekte, bevor die komplexen Widersprüchlichkeiten und jüngeren Entwicklungen ausführlicher diskutiert werden. Das emanzipatorische Projekt, sein Zustand und seine Potenziale werden im folgenden Kapitel 3 detailliert dargestellt.

Grün-kapitalistisches Projekt

Das *grüne* Projekt, das mehrere Jahrzehnte wichtigster Gegenspieler der *grauen* Hegemonie war, hat sich mittlerweile selbst zum dominanten Hegemonieprojekt gemausert, ohne jedoch hegemonial zu werden. Aus ihren Ursprüngen in (antikapitalistischen) Umweltbewegungen sind viele Akteure mittlerweile fest in Partei-, NGO-, und Regierungsstrukturen integriert. Sie stehen nun für eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus, die den Status quo von Eigentums- und Produktionsverhältnissen weitgehend unangestastet lässt. Die (kompromisshaften) Einbindung der ehemals widerständigen Kräfte in die Staatsapparate und den politischen Mainstream, der jahrelange Druck sozialer Bewegungen und Akteure des emanzipatorischen Projekts sowie die zunehmende Spürbarkeit der Klimakrise in Flut- und Dürrekatastrophen auch in Deutschland führten dazu, dass ein grünes Projekt kapitalistischer Modernisierung in weiten Teilen der Gesellschaft konsensfähig scheint. So veröffentlichte beispielsweise das Umweltbundesamt 2022 in seiner Studie zum „Umweltbewusstsein“, dass 91 % der Menschen in Deutschland einen klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft befürworteten.²² Neben der

²² Grothmann, Torsten et al.: Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. BMUV/UBA, Dessau-Roßlau, 2023.

Entwicklung einer (wie auch immer gearteten) ökologisch-orientierten Programmatik zum „Sachzwang“ für alle nach Hegemonie strebenden Akteur*innen²³ ist dies vor allem darauf zurückzuführen, dass das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt am ehesten in der Lage ist, eine Bearbeitung der sozio-ökologischen Krisen mit einer Erschließung neuer (grüner) Märkte zu verbinden, und es somit vermag, einen Kompromiss zwischen Kapitalfraktionen und Gesellschaft zu formulieren.²⁴ Als hegemonial ist das Projekt dennoch nicht zu betrachten. Denn, wie der zweite Abschnitt dieses Kapitels zeigen wird, kann dieses Projekt nicht als „Common Sense“ gelten; vielmehr ist es heftigen und dauerhaften Angriffen ausgesetzt, die es zudem ständig fortentwickeln und verändern.

Mit der Verabschiedung des Maßnahmenpakets Fit für 55 der EU zur Senkung der Emissionen um 55 % bis 2030 ist ein verbindlicher Rahmen zur Senkung der Emissionen gesteckt worden, dem sich die meisten bundesdeutschen Parteien anschließen. Mit einem Fokus auf ein europäisches Emissionssystem, auf CO₂-Grenzausgleiche und auf alternative Energie- und Kraftstoffgewinnung zementieren die europäischen Klimaschutzmaßnahmen eine ökologische Bearbeitung der Klimakrise unter kapitalistischen Bedingungen, die in Deutschland symbolisch durch die Ampel-Regierung repräsentiert wird und die sich in deren Ziel einer „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ programmatisch niederschlägt.²⁵ Der wirtschaftliche Umbau soll Wohlstand und Wachstum nicht gefährden und die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedsstaaten gewährleisten. Dahingehend werden die sozial-ökologische Transformation oder der Umbau der Wirtschaft als ökologische Modernisierung des bestehenden Wirtschaftsmodells verstanden, in der bisherige Praktiken nun auf „grüner“ Grundlage weiter betrieben werden. Diese sogenannte grüne Industriepolitik sieht einen beschleunigten Ausbau von erneuerbaren Energiequellen vor, um weite Teile der fossilen Industrie zu elektrifizieren und dort, wo dies nicht möglich ist, sukzessive auf grünen Wasserstoff oder sogenannte E-Fuels umzu-

stellen. Ziel ist ein hochtechnologischer „Zukunftsindustrie“-Standort Deutschland (Beispiele: globaler Standort der Halbleiterindustrie, Leitmarkt für grünen Wasserstoff). Dieser soll angesichts regulatorisch und ökologisch veränderter Produktionsbedingungen sowie geopolitischer Herausforderungen global wettbewerbsfähig bleiben bzw. eine Führungsrolle einnehmen. Diese Herausforderungen prägen auch den weitreichenden Konsens zur Diversifizierung der Energieversorgung (hinsichtlich Rohstoffe und Handelspartner) sowie zu zunehmender Energiesouveränität. Dem Staat kommt dabei eine wirtschaftlich stärker interventionistische und protektionistische Rolle zu. Dazu gehören neben der Schaffung von Investitionsanreizen in die ökologische Modernisierung die Ansiedlung bestimmter „Zukunftsindustrien“ (bspw. Intel in Magdeburg, Tesla in Grünheide), die mögliche Subventionierung von Industriestrom (Transformationsstrompreis, Industriestrompreis, Brückenstrompreis), die Sicherung von Absatzmärkten für erneuerbare Energien und klimafreundliche Produkte²⁶, der Ausbau der Netzinfrastruktur sowie hohe Investitionen in ein deutsches Wasserstoffnetz.²⁷ Sozialpolitisch wird die Rolle des Staates im grün-kapitalistischen Kompromiss zumindest auf Ankündigungsebene von der Schaffung eines (moderaten) sozialen Kompensations-/Ausgleichsmechanismus flankiert (bspw. EU-Klima-Sozialfonds, das im Koalitionsvertrag vorgeschlagene Klimageld, dem eine Umsetzungsperspektive jedoch fehlt).²⁸

In der gewerkschaftlichen Debatte wurde lange vor allem der (unter Bedingungen des Privateigentums durchaus reale) Widerspruch zwischen ökologischer Politik und dem Erhalt von Arbeitsplätzen in den gewerkschaftlich gut organisierten, aber energieintensiven Industrien betont. Entsprechend traten die großen (Industrie-)Gewerkschaften (IG Metall und IG BCE), trotz programmatischer Bekenntnisse zur grünen Transformation, oftmals eher bremsend auf. Gleichzeitig haben Teile von IG Metall und ver.di sich auch schon vor Antritt der Ampel-Regierung für sozial-ökologische Transformationspfade und Koopera-

23 Vgl. Candeias, Mario: Der Übergang. Zeitschrift Luxemburg, 2022.

24 Vgl. Candeias, Mario: Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Zeitschrift Luxemburg, 2023.

25 Vgl. SPD / GRÜNE / FDP: Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Berlin, 2021, S. 25.

26 Vgl. ebd.

27 Vgl. BMWK: Industriepolitik in der Zeitenwende. Berlin, 2023, S. 29 f.

28 Vgl. SPD / GRÜNE / FDP: Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Berlin, 2021, S. 63.

tionen mit umweltpolitischen Akteuren eingesetzt. So forderte die IG Metall zur Bundestagswahl 2021 z. B. regionale Transformationsräte und -fonds²⁹. Sozial-ökologische Forderungen der Gewerkschaften verblieben jedoch unter der großen Koalition oftmals im Status der Diskursintervention. Mit dem Antritt der Ampel-Regierung und der zunehmenden Diskussion um aktive Industriepolitik im Kontext des globalen Wettbewerbs haben sich die IG Metall und in geringerem Maße auch die IG BCE gegenüber dem grün-kapitalistischen Projekt (weiter) geöffnet. Exemplarisch dafür stehen Forderungen nach Transformationsfonds³⁰, Industriestrompreisen³¹ und damit einhergehende Kritik an der Schuldenbremse als Investitionsbremse. Positionspapiere der Industriegewerkschaften erkennen die Elektrifizierung des Antriebsstrangs in der Autoindustrie (und den Ausbau von Alternativen zum motorisierten Individualverkehr)³², den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft³³ und den Aufbau der erneuerbaren Energien³⁴ als zentrale Transformationsziele an. Gleichzeitig weisen diese Papiere in aller Regel auf einen notwendigen „Realismus“ im Kontext gegebener Machtverhältnisse und ein mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen kompatibles Transformationstempo hin.³⁵

Zumindest programmatisch gehen die Gewerkschaften damit zunehmend auf Kurs des grün-kapitalistischen Projekts, das eine staatlich finanzierte, aber unter Bedingungen privaten Eigentums umgesetzte Transformation anstrebt. Im Tausch gegen massive staatliche Unterstützung fordern sie dabei vor allem den Erhalt von Standorten und Arbeitsplätzen. Zwar gibt es vielversprechende Ansatzpunkte, etwa in der Satzung der IG Metall, die die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien fordert, in einzelnen Delegiertenanträgen auf Gewerkschaftstagen, in

der seit 2010 neu aufkeimenden Debatte um Wirtschaftsdemokratie und in einzelnen Positionierungen, wie z. B. in der Forderung von IG-Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban: „Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliches Eigentum entstehen“³⁶. Dennoch sind Forderungen nach Vergesellschaftung oder Gemeinwirtschaft weiterhin eher randständig. Die großen Gewerkschaften sind damit zumindest in ihrer politischen Programmatik weitgehend Teil des grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts und in den Status quo vereinnahmt.

Fossilistisch-konservatives Projekt

Das fossilistisch-konservative Projekt ist der Kern des ehemaligen hegemonialen *grauen* Projekts. Es verkörpert „die wesentliche Kraft, die auf einen Business-as-usual-Pfad und damit auf eine Fortführung der konventionellen Naturbeherrschung setzt“³⁷. Trotz der derzeitigen Dominanz des grün-kapitalistischen Projekts sind die Beharrungskräfte und die Macht dieses über Jahrzehnte, in gewisser Weise sogar über Jahrhunderte gewachsenen, tief verwurzelten und mit erheblichen Machtressourcen ausgestatteten Blocks kaum zu überschätzen. Dieses Projekt vertritt die Interessen der traditionellen deutschen Kapitalfraktionen und ist daher der fossilbasierten Wirtschaft verschrieben. Historisch steht für dieses Projekt neben der FDP die Union, die seit Bestehen der Bundesrepublik in sechzehn von zwanzig Bundestagswahlen stärkste Kraft wurde und so die Energiepolitik wie keine andere Partei geprägt hat.

Das fossilistisch-konservative Hegemonieprojekt ist gegenüber dem grün-kapitalistischen in die Defensive geraten, konnte bislang aber weiterhin den fossilen Kapitalfraktionen weitreichend Geltung ver-

29 Vgl. BUND / IG Metall: Energie- und Mobilitätswende: Die kommende Bundesregierung muss zügig handeln! 2021.

30 Vgl. bspw. Tagesschau: IG-Metall fordert 600-Milliarden-Sondervermögen. tagesschau.de, 13. Januar 2024.

31 Vgl. Eder, Stefan: Chemie: Gewerkschaft IG BCE fordert Staatshilfen für Energiewende. VDI Nachrichten, 15. Januar 2024.

32 Vgl. IG Metall: Deshalb ist die Förderung für Elektroautos richtig. 27. April 2016.

33 Vgl. IG Metall: Wasserstoff treibt an.

34 Vgl. IG BCE: Energiewende aber richtig. Hannover, 2017.

35 Vgl. DPA: DGB-Chefin warnt vor Überforderung durch Klimapolitik. faz.net, 1. Juni 2024.

36 Urban, Hans-Jürgen: „Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliches Eigentum entstehen“. Interviewt von Eva Völpel und Moritz Warnke. Zeitschrift Luxemburg, 2022.

37 Sander, Hendrik: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022, S. 7.

schaffen. Vor dem Hintergrund der Dominanz des grün-kapitalistischen Projekts und damit einer fortschreitenden ökologischen Modernisierung hat es sich in den vergangenen Jahren strategisch angepasst. Es ist von einer Verteidigung alter Technologien zunehmend dazu übergegangen, in strategischer Allianz mit dem grün-kapitalistischen Projekt den Ausstieg daraus mitzugestalten und, häufig unter dem Label der „Technologieoffenheit“, hinauszuzögern sowie die Möglichkeiten weiterer fossiler Energienutzung parallel zum Ausbau erneuerbarer Energien zu ermöglichen, indem beispielsweise die Fortsetzung CO₂-intensiver (fossiler) Energiegewinnung durch CCS/CCU als „grün“ deklariert oder angesichts von (vermeintlichen) Versorgungsengpässen legitimiert wird. Eine weitere Strategie des fossilistisch-konservativen Projekts ist die implizite Kopplung der Spielräume für die Energiewende an die Sicherheitspolitik. So wird Klimaschutz gegen Aufrüstung ausgespielt.³⁸ Zugleich wird jedoch auch der Ausbau erneuerbarer Energien vor dem Hintergrund von Sicherheitspolitik, hier der Abhängigkeit von ausländischen Ressourcen, gefordert.

Die bestehenden und entstehenden Bündnisse (fossilistisch-)konservativer Kräfte mit dem dominant gewordenen grün-kapitalistischen Hegemonieprojekt sind weitgehend aus strategischen Notwendigkeiten geschehen und daher nicht unumkehrbar, sollte sich die Situation ändern. Die Regierungszeit Merkels fällt mit dem Interregnum (dem tendenziellen Kräftegleichgewicht zwischen altem *grauen* und neuem grün-kapitalistischen Projekt) zusammen und illustriert diesen Punkt. Die ökologischen Umbauprojekte der rot-grünen Vorgängerregierung (Förderung des dezentralen Ausbaus der erneuerbaren Energien, Atomausstieg) wurden unter Merkels klassisch fossilistisch-konservativer Koalition zunächst teilweise zurückgedreht oder stark ausgebremst. Aufgrund von externen Schocks wie der Nuklearkatastrophe von Fukushima, infolge der erstarkenden Klimabewegung und aufgrund von sich wandelnden Interessen von Teilen des Kapitals, die dank der marktförmigen und unternehmensfreundlichen grün-kapitalistischen Klimapolitik der EU zunehmend Zukunftsperspektiven im ökologischen Umbau sahen, vollzog Merkel wiederholt Kehrtwenden und wurde zum Schluss sogar

als „Klimakanzlerin“ betitelt. Dass eine konsequentere bzw. kompromisslosere fossilistische Politik jedoch keineswegs untergegangen ist, wird beispielsweise an der aggressiv transformationsverhindernden Politik von Unions-Landwirtschaftsminister*innen und CSU- und FDP-Verkehrsministern deutlich, die mittlerweile sogar von der Autoindustrie selbst kritisiert werden, deren Interessen sie zu vertreten vorgeben³⁹.

Insoweit das neoliberale fossil-konservative Projekt die Einhaltung der Schuldenbremse und eine Ablehnung gegenüber vertikaler Industriepolitik betont, ist es nicht mehr kompatibel mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen in den Kernbranchen der Industriegewerkschaften, weshalb diese ihm kritisch gegenüberüberstehen. Zwar war dem fossil-konservativen Projekt und den Industriegewerkschaften lange eine Ablehnung gegenüber (nicht sozial abgedeckten) ökologischen Politiken gemein und gewerkschaftliche Vertreter*innen wirkten z. B. in der Kohlekommission auf längere Laufzeiten der Braunkohle hin. Doch mittlerweile ist deutlich, dass zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit besonders im Kontext der Konkurrenz aus China und den USA massive Umbauprozesse zur Elektrifizierung und Dekarbonisierung der Industrie notwendig sind, um industrielle Produktion und damit verbundene Arbeitsplätze in Deutschland zu halten.

Insgesamt steht das fossilistisch-konservative Hegemonieprojekt für die Beharrungskräfte, die eine umfassende und schnelle grüne Modernisierung verhindern. Zugleich sieht es sich strategisch aber vor die Entscheidung gestellt, in stärkerer Kooperation mit dem grün-kapitalistischen Projekt weiter die Interessen der traditionellen Kapitalfraktionen in eine grüne Modernisierung zu integrieren, oder aber diese gemeinsam mit dem reaktionären Projekt zu blockieren. Beide Varianten bergen für das fossilistisch-konservative Hegemonieprojekte die Gefahr, dass es sich über kurz oder lang in eines der anderen beiden genannten Projekte integriert oder dazwischen zerfällt.

Reaktionäres Projekt

Das reaktionäre Projekt ist wie das fossilistisch-kapitalistische Projekt ein „Zweig des früheren grauen Projekts [...], das nun eine eigene rechte Program-

38 Vgl. Mendgen, Alisha: Aufrüstung, Abwehr, weniger Klimaschutz. Frankfurter Rundschau, 11. März 2024.

39 Vgl. Blume, Oliver: Ich wünsche mir in der Verbrenner-Diskussion weniger Emotionen. Interviewt von Max Hägler und Lisa Nienhaus. Süddeutsche Zeitung, 25. März 2023.

matik auf der Ebene der Naturverhältnisse entwickelt hat“.⁴⁰ Die geteilten Wurzeln mit dem fossilistisch-konservativen Hegemonieprojekt und die neue Dominanz des grün-kapitalistischen Projekts führen zunehmend zu neuen und erneuerten Allianzen und Konvergenzen. Nichtsdestotrotz ist das reaktionäre Projekt auch als Eigenständiges zu beschreiben, da es aus einer anderen Motivation entspringt und weniger konsistent Kapitalinteressen vertritt.

Als wichtigster politischer Akteur des reaktionären Hegemonieprojekts und als expliziter Gegenpol zum grün-kapitalistischen Projekt der Regierung hat sich in den letzten Jahren die AfD positioniert. Sie verhält sich dabei mitunter durchaus reflektiert strategisch im Aufbau eines gegenhegemonialen Projekts.⁴¹ Neben ihrer Fundamentalopposition gegen jede Transformation, gegen den Status quo und gegen die sogenannten Altparteien sucht sie jedoch zugleich Anschluss an ebenjene „immer noch starke konservative und privilegierte Strömung in der breiten Bevölkerung und der Bourgeoisie“⁴², die den Kern des fossilistisch-konservativen Projekts ausmacht. So positioniert sie sich selbst etwa auf ihrer Website als „Liberale und Konservative“⁴³ Stimme der energiepolitischen Vernunft.

In ihrem Grundsatzprogramm behauptet die AfD im Kapitel zu Energiepolitik: „Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung beruht auf bisher unbewiesenen hypothetischen Klimamodellen.“⁴⁴ Insofern es eine Erderwärmung überhaupt gebe, gelte es, sich darauf anzupassen, was vor allem in eine rassistische Abschottungs- und Migrationspolitik übersetzt wird. Im Europawahlprogramm heißt es: „Die von der EU forcierte ‚Energiewende‘ ist daran gescheitert. Sie

hat Strom- und Heizkosten enorm verteuert und gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland“⁴⁵. Die AfD ist erklärtermaßen gegen eine „große Transformation“, den Klimaschutzplan 2050, das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz und den Ausbau erneuerbarer Energien.⁴⁶ Stattdessen will sie die Atomkraftnutzung verlängern und sieht Gas und Kohle als auf absehbare Zeit unverzichtbar an. Sie fordert ein Ende der Sanktionen gegen Russland und die Reparatur und Inbetriebnahme der Pipeline Nordstream 2, um fossile Energie aus Russland importieren zu können. Die AfD behauptet zudem, Strompreise, insbesondere für die unteren Einkommen, stiegen zwangsläufig durch Neu- und Zubau von Wind- und Solaranlagen, und Heizungen mit erneuerbaren Energien seien teuer, unsicher und schädeten der Umwelt.⁴⁷

Derart extreme und kontrafaktische Klima- und Energiepolitik zeichnet das reaktionäre Hegemonieprojekt aus und ist im fossilistisch-konservativen Lager seltener zu finden. Dass es hier allerdings Überschneidungen gibt, wird an der aus der Union hervorgegangenen Werteunion mit ihrer Zusammenarbeit mit dem Klimaleugner-Institut *EIKE*⁴⁸ und an der Arbeit des grundsätzlich dem fossilistisch-konservativen Projekt zuzurechnenden einflussreichen neoliberalen Thinktank *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)* deutlich. Letztere etwa attackieren offensiv und teilweise durch Falschinformationen den Ausbau erneuerbarer Energien.⁴⁹

Gewerkschaften und Betriebsräte sind eines der wichtigsten Bollwerke gegen reaktionäre Bestrebungen. In den Betrieben werden Transformationskonflikte unmittelbar sichtbar. Bisher ist es den Gewerkschaften gelungen, sowohl innerbetrieblich als auch

40 Sander, Hendrik: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022, S. 7.

41 Vgl. Beutin, Lorenz Gösta: Rechter Kulturkampf ums Heizungsgesetz. Zeitschrift Luxemburg, 2023.

42 Sander, Hendrik: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022, S. 7.

43 AfD: Grundsatzprogramm, 2016, hier: Präambel.

44 AfD: Grundsatzprogramm, 2016, hier: Abschnitt 12 „Energiepolitik“.

45 AfD: Europa neu denken. 2024.

46 Vgl. AfD: Energie | Umwelt | Klima. 2017; AfD: Grundsatzprogramm, 2016, hier: Abschnitt 12 „Energiepolitik“; Alternative für Deutschland: Europa neu denken. 2024.

47 Vgl. ebd.; AfD: Ampel aufhalten – Heizhammer stoppen!

48 Vgl. Götze, Susanne / Jeroes, Annika: Koalition der Klimawandelleugner. *spiegel.de*, 25. Januar 2020.

49 Vgl. Beutin, Lorenz Gösta: Rechter Kulturkampf ums Heizungsgesetz. Zeitschrift Luxemburg, 2023.

auf politischer Ebene Versuche der Vereinnahmung der Arbeiter*innenschaft weitgehend abzuwehren. Gleichzeitig ist klar, dass sich Transformationskonflikte zuspitzen werden und sich rechte Mobilisierung vor allem in jenen Regionen und Betrieben abspielt, in denen die wenigen demokratischen Partizipationsoptionen an der Wirtschaft (Betriebsräte und Mitbestimmung) eingeschränkt sind und der gewerkschaftliche Organisationsgrad niedrig ist. Die abnehmende Tarifdeckung und Entdemokratisierung von Betrieben gerade in besonders von Transformation betroffenen Regionen stellt eine Herausforderung für gewerkschaftliche Kämpfe dar, die sich im Zuge der neoliberalen Angriffe vor allem auf ihre Kernbranchen und -betriebe zurückgezogen haben.

Sozial-defensives Projekt

Das sozial-defensive Projekt hat sich „[a]ls Ergebnis der neoliberalen Angriffe und der breiten Prekarisierung der letzten Jahrzehnte sowie der Artikulation eines eher defensiven Widerstands dagegen“ gebildet und verfolgt das Ziel, „soziale Sicherheiten und prekäre ökonomische Lebensbedingungen gegen Zumutungen durch unsoziale neoliberale, aber auch sozial-ökologische Politiken zu verteidigen“.⁵⁰ Sozial-defensive Strategien sind bei Wohlfahrtsverbänden, in Teilen der SPD, in Teilen der Gewerkschaften sowie beim neu gegründeten *Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)* zu finden. Das sozial-defensive Projekt ist im Vergleich weniger stark konturiert und hatte aufgrund des verteidigenden Charakters seiner Strategien bislang kaum konstruktive politische Projekte, die die verschiedenen Akteursgruppen hätten zusammenführen können.

Einige Akteure in SPD und Gewerkschaften und um sie herum, die sozial-defensive Politiken verfolgt haben und verfolgen, haben sich strategisch in die Regierung integriert und kooperieren mit dem grün-kapitalistischen Hegemonieprojekt. Andere hingegen haben sich ebenso strategisch dem reaktionären Projekt rund um die AfD angenähert. Angesichts der jüngsten Wahlergebnisse scheint denkbar, dass es dem BSW gelingt, dieses Hegemonieprojekt als eigenständiges (neu) mit Leben zu füllen.

Teile der Gewerkschaften und insbesondere die IG BCE sind aufgrund ihres Fokus auf Erhalt von Arbeitsplätzen in industriellen und gewerkschaftlich gut organisierten Industriebranchen weiterhin dem sozial-defensiven Projekt zuzurechnen. Zwar sind grün-kapitalistische Umbauprojekte, wie die Wende zur Elektromobilität, weitgehend Konsens. Dennoch betonen Gewerkschaftsspitzen de facto eine Bremsung des Umbaus in Form der Forderung eines „sozial verträgliche[n] Transformationstempo[s]“⁵¹ und unterstreichen die Notwendigkeit der sozialen Abfederung und Verlangsamung von Transformation durch Brücken, wie z. B. politisch durch Industriestrompreise, aber auch technologisch durch Erhalt und Neubau von Gas- und langsamen Rückbau der Kohlekraft. Auch wenn die gewerkschaftliche Programmatik in Teilen anschlussfähig an sozial-defensive Konstellationen ist, scheint die enge historische Anbindung an die SPD ein Kippen in Richtung des neu formierten BSW eher unwahrscheinlich zu machen.

50 Sander, Hendrik: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022, S. 7.

51 DPA: DGB-Chefin warnt vor Überforderung durch Klimapolitik. faz.net, 1. Juni 2024.

2.2 Rekonfiguration der Hegemonieprojekte im Rahmen sich zuspitzender Polarisierung

Im Ringen um Hegemonie spitzt sich aktuell eine Entscheidungssituation immer weiter zu. Das grün-kapitalistische Projekt konnte sich in den letzten Jahren zunehmend auch innerhalb der Staatsapparate als dominantes Projekt etablieren und in aktuelle Politiken einschreiben. Währenddessen hat das fossilistisch-konservative Projekt demgegenüber an Stärke und Einfluss verloren. Gegen das grün-kapitalistische Projekt konnte sich allerdings das reaktionäre Hegemonieprojekt zunehmend als ernstzunehmende Herausforderung formieren; in anderen europäischen Ländern konnten sich bereits faschistische Regierungen etablieren. Der grüne Kapitalismus ist nicht ausgemachte Zukunft, sondern wird zunehmend von rechts infrage gestellt. Die Polarisierung zwischen „den Grünen“ und „der AfD“ verdrängt die anderen Hegemonieprojekte zunehmend aus dem Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Das emanzipatorische Hegemonieprojekt (auf das wir weiter unten detailliert eingehen werden) steht bereits im Abseits. Die anderen beiden Projekte tendieren dazu, von der Polarisierung zerrieben (sozial-defensives Projekt) oder zerrissen (fossilistisch-konservatives Projekt) zu werden. Zugleich könnten sie innerhalb dieser Konstellation das entscheidende Zünglein an der Waage werden.

Vor diesem Hintergrund wandeln sich auch die Hegemonieprojekte selbst. So wird das grün-kapitalistische Projekt *zum einen* von Anschluss- und Einflussbestrebungen fossilistisch-konservativer Akteure geprägt, die sich dabei selbst dem grün-kapitalistischen Projekt annähern. *Zum anderen* bilden sich projektübergreifende Verbindungen zwischen dem fossilistisch-konservativen und dem reaktionären Projekt. Diese Tendenz eines konzentrierteren Gegengewichts auf konservativ-reaktionärer Seite führt dabei bislang nicht zu einer progressiveren Programmatik auf Seiten des grün-kapitalistischen Projekts, sondern vielmehr zu Einhegungs- und Sta-

bilisierungsversuchen durch die weitere Integration fossilistischer (und nationalistischer) Akteure und Politiken. Insbesondere aus den Frustrationen, die sich aus diesen Entwicklungen für progressive Akteure des grün-kapitalistischen Projekts (Abgeordnete, Gewerkschaftsakteure, NGOs etc.) ergeben, entstehen potenzielle Anknüpfungspunkte für das emanzipatorische Projekt, die wir im letzten Abschnitt dieses Kapitels näher beleuchten.

Annäherung des grün-kapitalistischen und des fossilistisch-konservativen Projekts

Angesichts der Dominanz des grün-kapitalistischen Projekts, das auch durch den globalen Wettbewerb um Zukunftstechnologien gestützt wird und daher inzwischen die Unterstützung breiter Kapitalfraktionen erfährt, haben sich Teile des fossilistisch-konservativen Hegemonieprojekts damit abgefunden, an der grünen Modernisierung mitzuwirken. Sie versuchen nun, diese im Rahmen eines strategischen Bündnisses mit dem grün-kapitalistischen Projekt mitzugestalten. Dies verdeutlicht beispielsweise die Kursänderung von FDP und CDU/CSU in Richtung erneuerbare Energien.⁵² Sie bekennen sich zu den Klimazielen und versuchen unter dem Verweis auf den Erhalt der Schöpfung bzw. auf die Sicherung von Wohlstand und Wachstum nun teilweise sogar, sich als führende Kraft für das Erreichen der Klimaziele und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu profilieren. So will etwa die CSU, dass Bayern noch vor dem Bund klimaneutral wird⁵³, die CDU Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz will Windkraftausbau schneller als die dortige SPD-Landesregierung voranbringen⁵⁴ und die FDP möchte die erneuerbaren Energien (insbesondere die deutsche Wasserstoffwirtschaft) nun im „Eiltempo“ ausbauen⁵⁵.

52 Vgl. Sander, Hendrik: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022, S. 16; CDU Präsidium: Unser Ziel: Klimaneutralität deutlich vor Mitte des Jahrhunderts. Berlin, 2021, S. 3. CDU Präsidium: Unser Ziel: Klimaneutralität deutlich vor Mitte des Jahrhunderts. Berlin: CDU Präsidium, 2021. S.3.

53 Vgl. CSU: Für ein neues Miteinander. Das Grundsatzprogramm der CSU. München, 2023.

54 Vgl. DPA: CDU drückt beim Windkraftausbau aufs Tempo. zeit.de, 6. März 2024.

55 FDP: Deutschland zündet den Turbo für Freiheitsenergien. 2022; FDP: Deutschland zur Wasserstoffrepublik machen.

Während der geteilte Konsens zwischen grün-kapitalistischem und fossilistisch-konservativem Projekt darin besteht, dass in einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft Wachstum und eine weitgehende Kontinuität der imperialen Lebensweise nicht infrage gestellt werden, bleibt die Ausgestaltung der grünen Modernisierung umkämpft. Unterschiedliche Ausprägungen eines grünen Kapitalismus (bspw. grün-liberal oder post-neoliberal) könnten sich durchsetzen. Noch gibt es dafür jedoch keinen ausreichend starken Machtblock, dessen Interessen sich in einer dieser Versionen verdichtet hätten.⁵⁶ Im Ergebnis ist zu beobachten, dass eine – am deutlichsten von den Grünen, aber häufig auch durch die EU-Politik der vergangenen Jahre angestrebte – „reine“ grüne Modernisierung des Kapitalismus von den eingebundenen sozial-defensiven und fossilistischen Kräften moderiert und verändert wird. Nach der Rechtsverschiebung des Europaparlaments im Sommer 2024 ist zu erwarten, dass die EU-Klimapolitik und der Green Deal noch weiter infrage gestellt oder abgeschwächt werden.

Ein Beispiel ist das Ringen um Geschwindigkeit und Umfang der Energiewende. Während sich die Grünen klar zum Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung bekennen,⁵⁷ hat die FDP zwar in Richtung erneuerbare Energien eingelenkt⁵⁸, tritt unter dem Stichwort der „Technologieoffenheit“ jedoch für eine parallele Verlängerung von fossilen Energiequellen ein, die sie gesetzlich verankern lassen will⁵⁹. Die von der FDP propagierte „Freiheitsenergie“ speist sich beispielsweise auch aus heimischem Erdgas-Fracking sowie aus Wasserstoff nicht nur aus erneuerbaren Energiequellen, sondern auch auf Basis fossiler, nuklearer oder anderer „grauer“ Energie. „Klimaneu-

tralität“ will die FDP unter anderem durch die Speicherung bzw. Weiterverwendung von CO₂ (CCU/CCS) oder CO₂-Kompensation erreichen; somit dient sie – etwa in Form von E-Fuels für Verbrennermotoren – der Verlängerung von etablierten, fossilen Geschäftspraktiken ihrer elitär-konservativen Wähler*innen⁶⁰. Damit rückt der Konsens zum Ausbau der erneuerbaren Energien hinter Streitpunkten zu dessen Tempo und Konsequenz (in Bezug auf fossile Energieträger) immer wieder in den Hintergrund.

Im Gegenzug nähert sich auch das grün-kapitalistische Projekt den Akteuren des fossilistisch-konservativen an. Dabei verfolgen insbesondere die Grünen nicht zuletzt das Ziel, ihren Führungsanspruch durch mehrheitsfähige Politik auszubauen.⁶¹ So werden fossilistisch-konservative (aber auch punktuell sozial-defensive) Positionen in das Projekt selbst integriert und weitgehende Zugeständnisse gegenüber dem fossilistisch-konservativen Projekt gemacht, insbesondere in Bezug auf fossile „Brückentechnologien“, die Verfestigung fossiler Infrastrukturen (LNG-Terminals) oder „Technologieoffenheit“ etwa im Mobilitätssektor.

Geprägt wird diese Bündniskonstellation zudem von einer neuen drohenden Blockkonfrontation zwischen dem Westen und China und durch den Krieg in der Ukraine. Angesichts der sich verschärfenden Konkurrenz um die „globale Führung in der neuen Entwicklungsperiode hin zu einem hochtechnologischen und aufgerüsteten grünen Kapitalismus“⁶² bleibt das Projekt der ökologischen Modernisierung der kapitalistischen Produktionsweise zwar ein wichtiges Element. Es nimmt jedoch starke imperiale Züge an und wird dem Kampf um knappe Ressourcen und einer damit verbundenen Aufrüstung zunehmend

56 Vgl. Becker, Lia: Blockierte Transformation und rechte Offensive. Zeitschrift Luxemburg, 2023.

57 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion: Transformation gestalten – Rahmenbedingungen schaffen, vorausschauend und verantwortungsvoll. 2023, S. 2.

58 Vgl. Sander, Hendrik: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022, S. 16.

59 FDP Bundesparteitag: Beschluss des 74. Ordentl. Bundesparteitages: Strategischer Rahmen für die Energieversorgung in Deutschland. 2023, S. 4.

60 Vgl. FDP Bundesparteitag: Beschluss des 74. Ordentl. Bundesparteitages: Strategischer Rahmen für die Energieversorgung in Deutschland. 2023, S. 6; FDP Bundesgeschäftsstelle: Argumente. Stärkung von Freiheitsenergien – eine marktwirtschaftliche Energiewende. 2022; Sander, Hendrik: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022, S. 16.

61 Vgl. GRÜNE: „... zu achten und zu schützen ...“ Veränderung schafft Halt. Grundsatzprogramm. Berlin, 2020, S. 4.

62 Candeias, Mario: Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Zeitschrift Luxemburg, 2023.

untergeordnet und dadurch teilweise blockiert.⁶³ Das stärkt das fossilistisch-konservative Projekt im Bündnis mit dem grün-kapitalistischen. Das Bild verschiebt sich so zusehends hin zu einer „imperial-neoliberalen Modernisierung des deutschen Exportmodells“⁶⁴. Anstelle von staatlichen Interventionen in Form von sozialpolitischen Maßnahmen rückt die Absicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft in den Fokus. Dies drückt sich etwa durch die Subventionierung von Industriestrom, durch Aufrüstung und durch stets im Raum stehenden Sozialabbau aus. In dieser imperial-neoliberalen Modernisierung können erneuerbare Energien und ein ökologischer Umbau der Wirtschaft weiterhin von Bedeutung sein. Allerdings fallen sie hinter verstärkten imperialistischen Sachzwängen zurück bzw. werden diesen, wenn nötig, auch geopfert. So stehen beispielsweise steigende Rüstungsausgaben den Investitionen in eine ökologische Modernisierung entgegen. Die staatliche Förderung von erneuerbaren Energien wird durch eine gleichzeitige Verlängerung der fossilen Energieträger (angesichts der Energiekrise im Zuge des russischen Angriffskriegs, aber auch unabhängig davon) konterkariert. Beispielhaft dafür stehen die LNG-Terminals, die trotz ausreichender Gasversorgung weiter gebaut bzw. in Betrieb genommen werden. In diesen Entwicklungen zeigt sich, dass das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt weitgehende Zugeständnisse gegenüber dem fossilistisch-konservativen machen muss und die grüne Modernisierung sich in Richtung einer Verschärfung imperial-neoliberaler Tendenzen auf veränderter, grüner Grundlage entwickelt.⁶⁵ Das liegt nicht zuletzt auch daran, dass das fossilistisch-konservative Projekt zugleich andere Bündnisoptionen verfolgt.

Fossilistisch-reaktionäre Allianzen

Parallel zur Zusammenarbeit mit dem grün-kapitalistischen Projekt gibt es im fossilistisch-konservativen Lager zunehmend Tendenzen, gemeinsam mit dem reaktionären Projekt der ökologischen Modernisierung Steine in den Weg zu legen.⁶⁶ Im Hintergrund wird sich damit auf einen möglichen politischen Richtungswechsel vorbereitet, den die konservativen Kräfte selbst herbei- und anführen wollen. Das erstarkende reaktionäre Hegemonieprojekt, das sich zunehmend als Gegenpol zum grün-kapitalistischen Projekt entwickelt, ermöglicht für Akteure des fossilistisch-konservativen Projekts andere Bündnisoptionen. Das zeigen wiederkehrende Debatten innerhalb der Union um eine mögliche und bisher auf kommunaler Ebene tatsächlich erfolgte Zusammenarbeit mit der AfD, sowie die Ausgründung der Werteunion als eigene Partei, die diese Tendenz der konservativ-fossilistischen Doppelstrategie verkörpert.

Während Teile des fossilistisch-konservativen Blocks ihre Interessen wie gezeigt zunehmend in Bündnissen mit dem grün-kapitalistischen Hegemonieprojekt durchsetzen (wollen), sehen relevante Teile des fossilistisch-konservativen Hegemonieprojekts die Möglichkeit, ihre etablierten fossilen Wirtschafts- und Lebensmodelle gegen eine ökologische Modernisierung gänzlich verteidigen zu können. Es gibt neue Allianzen von Teilen des dominanten fossilistisch-konservativen Projekts, die sich (wieder) in Bündnisse mit dem reaktionären Hegemonieprojekt begeben. So bildet sich gerade auch durch die teilweise Einbindung konservativer und neoliberaler Kräfte in das grün-kapitalistische Erneuerungsprojekt ein breiteres rechts-fossilistisch-autoritäres Bündnis als mächtigster Gegenpol zum aktuellen grünen Projekt, das bis in Teile der Regierungsparteien hineinreicht.⁶⁷ Beispielhaft dafür stehen die gemeinsame Blockade von FDP, Union und AfD beim Ausbau von erneuerbaren Energien⁶⁸, die Ausgründung der Wer-

63 Vgl. Becker, Lia: Blockierte Transformation und rechte Offensive. Zeitschrift Luxemburg, 2023.

64 Ebd.

65 Vgl. ebd.

66 Vgl. bspw. Gensel, Loréne: CDU, FDP und AfD erschweren Bau von Windrädern in Thüringer Wäldern. MDR Thüringen, 8. Dezember 2023.

67 Vgl. Becker, Lia: Blockierte Transformation und rechte Offensive. Zeitschrift Luxemburg, 2023; Candeias, Mario: Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Zeitschrift Luxemburg, 2023.

68 Vgl. Fleckenstein, Hanno: Zusammenarbeit von FDP, CDU und AfD. Nächster Dammbbruch in Thüringen. taz.berlin, 2023; Gensel, Loréne: CDU, FDP und AfD erschweren Bau von Windrädern in Thüringer Wäldern. MDR Thüringen, 8. Dezember 2023.

teunion als eigenständige Partei, die eine Koalition mit der AfD explizit nicht ausschließt⁶⁹, sowie die Teilnahme von Vertreter*innen von CDU, Werteunion und AfD am „Potsdamer Treffen“ mit führenden Personen der deutschen und österreichischen rechtsradikalen Szene.⁷⁰

Die Energieversorgung nimmt dabei als eines der zentralen Konfliktfelder des ökologischen Umbaus eine wichtige Rolle für die Formierung eines möglichen verbindenden fossilistisch-reaktionären Projekts ein. Dies war zuletzt im rechten Kulturkampf rund um das Gebäudeenergiegesetz, das sogenannte Heizungsgesetz, zu beobachten. Hier schürten AfD, Teile der FDP und die Union im Verbund mit der Springerpresse und dem CDU-nahen neoliberalen Lobbyverband *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)* entlang der Energieversorgung bewusst Ängste (u. a. indem sie Falschinformationen verbreiteten)⁷¹ und bauten das Feindbild der Grünen weiter auf. Dabei wird das Narrativ einer freiheitlichen Marktwirtschaft als Gegenentwurf zur „Verbotspolitik“ der als ideologisch verblendet beschriebenen, grünen Politik (oder je nach Akteur auch der gesamten Ampel-Regierung) heraufbeschworen. Programmatisch einend wirkt dabei auch die angestrebte Rückkehr zur Atomkraft. Während die Ablehnung „staatlicher Bevormundung“ im antagonistischen Verhältnis zum grün-kapitalistischen Projekt, das die Ampel-Regierung repräsentiert, innerhalb des fossilistisch-reaktionären Pols von allen Seiten bedient wird, scheinen durchaus Brüche auf, die eine komplette Verschmelzung der konservativen und reaktionären Akteure unwahrscheinlich machen. So ist die von CDU, Werteunion und AfD geforderte Wiedereinführung der Wehrpflicht neben einem vermeintlich identitätsstiftenden Nationalismus auch vor dem Hintergrund imperialer Interessen (Sicherung von Ressourcen-Zugängen; Blockkonfrontation) zu verstehen. Als übermäßigen staatlichen Einschnitt in Freiheitsrechte lehnt die FDP die Wehrpflicht hingegen ab. Ähnlich ist die Positionierung zur EU eine Trennlinie, an der die AfD mit ihrer Austrittsforderung allein dasteht.

Die Zukunft des fossilistisch-konservativen Projekts, das derzeit zwischen den beiden dominanten Polen changiert und in Bündnisprozessen mit bei-

den Seiten steht, ist offen. Von ihm hängt zugleich wesentlich ab, in welche Richtung die Kräfteverhältnisse kippen. Dass das Kapital selbst zurzeit widersprüchlichen Interessen folgt, spiegelt sich im fossilistisch-konservativen Projekt wider, das einerseits den grünen Umbau mit dem Ziel der Stabilisierung der bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse mit vorantreibt, andererseits aber auch die Interessen des alten fossilen Kapitals vertritt und eine soziale Ausgestaltung des mitverantworteten ökologischen Umbaus torpediert.

69 Vgl. Litschko, Konrad: Maaßens Werteunion wird Partei: Zu Diensten der AfD. taz.de, 21. Januar 2024.

70 Vgl. Benschmann, Marcus et al.: Geheimplan gegen Deutschland. Correctiv – Recherchen für die Gesellschaft, 10. Januar 2024.

71 Vgl. Beutin, Lorenz Gösta: Rechter Kulturkampf ums Heizungsgesetz. Zeitschrift Luxemburg, 2023.

2.3 Emanzipatorische Anknüpfungspunkte in den Dynamiken der Kämpfe um Hegemonie

Viele Akteure des fossilistisch-konservativen Projekts haben sich vorübergehend oder dauerhaft aus strategischen Gründen dem grün-kapitalistischen Projekt angeschlossen, andere hingegen dem reaktionären Block der fundamentalen Opposition gegen jede sozial-ökologische Transformation. Die Bewahrung des (zumindest teilweise fossilen) Status quo ist einerseits Teil des (Regierungs-)Projekts der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus geworden. Andererseits – und dadurch verstärkt –, ist die einzige starke Fundamentalopposition die reaktionäre Rechte. Verschärft wurde diese Entwicklung unter anderem durch die projekt-übergreifende Regierungskonstellation, infolge der sich verschärfenden unterkomplexen Polarisierung zwischen „den Grünen“ und „der AfD“ und aufgrund der Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine und der zunehmend imperial ausgerichteten staatlichen Rohstoff- und Blockpolitik. Die fünf Hegemonieprojekte aus Sanders Heuristik sehen wir damit nicht aufgelöst, sie könnten sich aber durch die beschriebenen Bündnisrelationen weiter wandeln. Die sich notwendigerweise ergebenden Widersprüchlichkeiten und Spannungen innerhalb dieser Bündnisse, aber auch innerhalb der einzelnen Hegemonieprojekte oder sogar innerhalb einzelner Akteure sind die Momente, die Eingriffspunkte für ein emanzipatorisches Gegenprojekt bieten könnten.

Die größte Chance auf Anknüpfungspunkte und neue Bündnisse dürfte in der jüngeren Entwicklung des grün-kapitalistischen Projekts liegen. Die oben beschriebene Zusammenarbeit mit fossilistisch-konservativen Akteuren führt zu einer Rechtsverschiebung insbesondere bei der grünen Partei, die Integration in die Staatsapparate und die zunehmende Einbindung von (auch fossilen) Kapitalinteressen zu einer wachsenden Distanz zwischen Bewegungsakteuren und institutionellen Akteuren des grün-kapitalistischen Projekts. Das grün-kapitalistische Projekt ist, wie gezeigt, in Teilen aus systemkritischen Bewegungen im alten grünen Projekt erwachsen. Neben aus dieser Tradition verbliebenen „Altlinken“ haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Personen und Organisationen aus den neueren emanzipatorischen sozialen Bewegungen in die Organisationen des grün-kapitalistischen Projekts integriert, in der Hoffnung, so

ihre Ziele besser verwirklichen zu können. Durch den weitgehend pragmatischen Kooperationskurs seitens der Grünen-Führung finden sich im Umfeld der Grünen – etwa im Bundestag und in Landtagen, an der Basis und in Umweltverbänden – viele Menschen, die zunehmend desillusioniert von der Möglichkeit sind, durch Einbindung ausreichend tiefgreifenden Wandel zu erreichen. Diese Akteure könnten teils durch ein überzeugendes und verbindendes sozial-ökologisches emanzipatorisches Projekt gewonnen oder zumindest als Brückenkopf in konstruktive Bündnisse eingebunden werden. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass ein überzeugendes ökologisches Programm insbesondere im Bereich Klimaschutz glaubwürdig präsentiert werden kann, da dies häufig der wichtigste Antrieb dieser kritischen progressiven Kräfte innerhalb des grün-kapitalistischen Projekts ist. Da sich gerade die Umsetzung ökologischer Ziele durch eine grüne Regierungsbeteiligung und innerhalb des Kapitalismus für einige mittlerweile als unrealistisch entlarvt hat, müsste es insbesondere darum gehen, dieses konsequente Klimaprogramm zugleich mit einer überzeugenden und möglichst konkreten alternativen Umsetzungsperspektive zu versehen. Wenn ein emanzipatorisches Projekt greifbare Realisationsschritte unter Anknüpfung an die alten Ideale der frühen Bündnisgrünen oder der Ende-Gelände-Generation präsentieren kann, sind hier wichtige Potenziale zu heben, auch weil diese Menschen und Organisationen über weitreichende Netzwerke und über Erfahrung im Navigieren realpolitischer Macht Räume verfügen.

Während den für ein emanzipatorisches Projekt potenziell offenen „Grünen“ ein starkes Klimaprogramm mit Umsetzungsperspektive präsentiert werden muss, ergeben sich quasi gespiegelt Anknüpfungspunkte an Akteure des sozial-defensiven Lagers, etwa im Umfeld der SPD und Teilen der Gewerkschaften. Diesen Kräften muss ein emanzipatorisches Projekt ein Angebot machen, das soziale Gerechtigkeit und eine konkrete und erreichbare Perspektive auf reale materielle Verbesserungen der Vielen ins Zentrum stellt. Wie die „linken Grünen“ machen die sozial-defensiv orientierten Akteure immer wieder die Erfahrung, dass ihre Ziele in den Ausein-

andersetzungen zwischen grün-kapitalistischen und reaktionär-fossilistischen Kräfte untergehen – und das, obwohl sie häufig Bündnisse mit diesen Kräften eingegangen sind.

Ein emanzipatorisches Projekt muss also den im grün-kapitalistischen Projekt nicht aufgehobenen, sondern als Dauerkonflikt integrierten Widerspruch zwischen sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz von vornherein auflösen, um Anschlüsse sowohl an links-grüne als auch an sozial-defensive Akteure zu finden. Das emanzipatorische Projekt muss dafür über den Kapitalismus hinausweisen und Klimagerechtigkeit als Horizont definieren. Zusätzlich sind konkrete, benenn- und umsetzbare Schritte zu Machtaufbau und Umsetzung notwendig, um überzeugend zu sein. Da auch der größte Teil der Bevölkerung ökologische Ziele, soziale Gerechtigkeit oder beides für sehr wichtige Ziele hält⁷², es also – jenseits des reaktionären Projekts – einen relativ breiten Konsens ohne politische Repräsentation gibt, ist es wichtig, ein Projekt zu schaffen, das dieses Potenzial bergen kann. Gegen das vermeintliche Entweder-Oder von grüner Modernisierung und sozialer Sicherheit muss ein emanzipatorisches Projekt ein klimagerechtes *Gutes Leben für alle* positionieren.⁷³

Exkurs: Gewerkschaften in unbehaglicher (Neu-)Positionierung

Gewerkschaften sind im Kontext der BRD immer sowohl zentrale Gegenspielerinnen des Kapitals und der herrschenden Hegemonie als auch zugleich durch Klassenkompromiss und Sozialpartnerschaft und die enge Verbindung mit der häufig mitregierenden SPD, sowie die Verrechtlichung und Beschränkung von Arbeitskämpfen strukturell tief in den Herrschafts- und Staatsapparat eingebunden. Dabei koordinieren sie innerhalb des kapitalistischen Status quo zwischen Markt, Staat, Kapital und Arbeiter*innen. Allerdings ist festzuhalten, dass Gewerkschaften keine monolithi-

schen Blöcke sind und die beschriebenen strukturellen Spannungen sich intern widerspiegeln und durchaus kontrovers und dauerhaft verhandelt werden.

Die aktuelle Dominanz des (fossilistisch mitgeprägten) grün-kapitalistischen Projekts, aber auch die fortbestehende Offenheit und Unklarheit über zukünftige Transformationspfade und mögliche hegemoniale Verschiebungen spiegeln sich in der gewerkschaftlichen Programmatik wider. Die Beschäftigten im Energiesektor werden insbesondere von den Gewerkschaften IG BCE (ca. 600.000 Mitglieder), IG Metall (ca. 2.100.000 Mitglieder) und ver.di (ca. 1.900.000 Mitglieder) vertreten, die zusammen den Löwenanteil der Mitglieder des DGBs ausmachen.⁷⁴ Die Interessenkonstellationen in Bezug auf ökologische Transformationen divergieren dabei stark. ver.di vertritt neben Beschäftigten im Energiesektor noch eine sehr heterogene Gruppe von Beschäftigten (vor allem im öffentlichen Dienst). Die IG Metall vertritt Industriebeschäftigte insbesondere in der Metallindustrie, wozu sowohl energieintensive, fossile Industrien als auch grüne Zukunftsbranchen gehören. Die IG BCE vertritt mit den Beschäftigten der energieintensiven chemischen Industrie und den Beschäftigten in Bergbau und Kohleindustrien homogenere Interessen und konnte daraus starken Einfluss entwickeln. Sie ist bekannt für kompromissorientierte Verhandlungen mit Politik und Arbeitgebern und zeichnet sich durch hervorragende Vernetzung in politische Kreise und insbesondere in die SPD aus.⁷⁵ Während die großen Gewerkschaften und insbesondere die IG BCE historisch einen moderierenden und sozial-defensiven Kurs gegenüber ökologischen Bestrebungen, aber auch gegenüber den Auswirkungen des neoliberalen Kapitalismus z. B. in Form von Rückgang bei Mitbestimmung und Tarifbindung gefahren haben, hat sich die gewerkschaftliche Programmatik deutlich in Richtung des grün-kapitalistischen Projekts entwickelt. IG Metall und ver.di haben schon früh zu Fridays-for-Future-Demonstrationen aufgerufen und alle drei großen Gewerkschaften bekennen sich

72 Zur Europawahl gaben in einer repräsentativen Umfrage von Infratest dimap 66 % der Befragten an, sie machten sich „große Sorgen, dass der Klimawandel unsere Lebensgrundlagen zerstört“. 50 % fürchteten, dass sie ihren „Lebensstandard nicht mehr halten“ könnten. Die Bedrohlichkeit der aktuellen Situation wird allerdings auch darin deutlich, dass alle fünf anderen meist ausgewählten Aussagen eindeutig oder tendenziell einem rechten bis rechtsextremen Weltbild zugeordnet werden können. Tagesschau: „Ich mache mir große Sorgen, dass ...“. tagesschau.de, 9. Juni 2024.

73 Vgl. I. L. A. Kollektiv (Hrsg.): Das Gute Leben für Alle. Wege in die solidarische Lebensweise. Oekom, München, 2019.

74 Janson, Matthias: Gewerkschaften verzeichnen teils steigende Mitgliederzahlen. Statista, 26. Februar 2024.

75 Vgl. Pegels, Anna / Prinz, Anna: The role of labour power in sustainability transitions: Insights from comparative political economy on Germany's electricity transition. Energy Research & Social Science, Bd. 41, 2018.

explizit zur Notwendigkeit eines ökologischen Umbaus. Sowohl in Bezug auf den Umbau in Richtung Elektrifizierung, Wasserstoffwirtschaft und Antriebswende in der Automobilindustrie als auch in Bezug auf die Notwendigkeit massiver staatlicher Industrieförderung zum Erhalt von Arbeitsplätzen in den energieintensiven Industrien und damit einhergehender Kritik an der Schuldenbremse besteht mittlerweile weitgehend Einigkeit.

Daraus ergeben sich zumindest auf dem Papier Anknüpfungspunkte für emanzipatorische Bewegungen. Gleichzeitig ist klar, dass der Druck auf die Industrie und das Risiko von Arbeitsplatzverlusten in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird und Transformationskonflikte sich eher verschärfen werden, zum einen aufgrund des sich intensivierenden Wettbewerbs mit der technologisch weit vorangeschrittenen chinesischen Industrie, zum anderen aufgrund des industriepolitisch geförderten US-amerikanischen Marktes. Dabei spielen auch EU- und deutschlandweit gesetzte klimapolitische Weichenstellungen eine Rolle, die aber immer durch einen fossilen Backlash zurückgerollt werden könnten. Langfristig wird sich die Frage stellen, ob die Gewerkschaften ihre programmatischen Bekenntnisse zum grünen Umbau im kapitalistischen Rahmen durchhalten werden oder ob gewerkschaftliche Akteure sich in Richtung fossilistischer oder eben emanzipatorischer Strömungen ablösen.

Die Möglichkeit der Gewerkschaften, direkt auf betriebliche und parlamentarisch-politische Entscheidungen einzuwirken, ist begrenzt. Die in Deutschland stark verrechtlichte und institutionalisierte Form der industriellen Beziehungen erlaubt zwar eine starke Rolle von Gewerkschaften und Betriebsräten in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Löhne und ermöglicht damit viele wichtige Erfolge in diesen Bereichen. Gleichzeitig birgt diese Einbindung immer die Gefahr der Kooption und verhindert auf der Ebene von Arbeitskämpfen und Tarifauseinandersetzungen politische und ökologische Forderungen sowie zentral das Stellen der Eigentumsfrage. Die deutschen Gewerkschaften sind zudem als sogenannte Einheitsgewerkschaften zu weltanschaulicher Neutralität verpflichtet und nehmen deshalb keine konkreten politischen Positionen ein. Zusammenarbeit zwischen emanzipatorischen Bewegungen

und Gewerkschaften, die über gegenseitige Solidaritätsbekundungen hinausgeht, ist dadurch erschwert und findet kaum statt. Trotz programmatischer Annäherung wurde noch keine konkrete gemeinsame Praxis gefunden. Eine Ausnahme bildet die erfolgreiche Kooperation zwischen ver.di und *Fridays for Future* bei der Kampagne *Wir fahren zusammen*. Sie gelang, weil sich die tarifpolitischen Forderungen mit ökologischen Forderungen weitgehend deckten und beide Seiten unter großem Aufwand auf betrieblicher und politischer Ebene Schritte aufeinander zugehen konnten. Da sich in industriellen Tarifikämpfen kaum Möglichkeiten für Konversionsforderungen ergeben, liegt hier eine solche Interessenkonvergenz nicht vor. Gemeinsamkeiten lassen sich im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen meist höchstens im Bereich der Arbeitszeitverkürzung finden, die zumindest eine ökologische Komponente hat.

Die durch die rechtlichen Einschränkungen der industriellen Beziehungen limitierte Möglichkeit gewerkschaftlicher Akteure hat sich im Kontext von *Wir fahren zusammen* in der Diskussion um den „politischen Streik“ gezeigt. Selbst die verhältnismäßig moderate gemeinsame Forderung nach dem Ausbau des ÖPNV wurde als möglicher Verstoß gegen das Verbot des politischen Streiks interpretiert. Die Einschränkung des Streikrechts in Deutschland wurde bereits 2022 vom Europarat als unzulässig moniert, ist aber historisch Teil des Klassenkompromisses in der BRD.⁷⁶ Die harten Reaktionen konservativer und liberaler Kräfte auf die Aktionen von *Wir fahren zusammen* drücken zum einen die Angst bestehender Kräfte vor politischen Streiks aus und zeigen somit auch deren der potenzielle Macht auf.“ Zum anderen zeigt sich daran, dass der politische Streik als gewerkschaftliche Praxis nicht etabliert ist.

76 Council of Europe / European Committee of Social Rights: Conclusions XXII-3. 2022; Tschenker, Theresa: *Wir fahren zusammen, aber streiken müssen wir allein*. verfassungsblog.de, 8. April 2024.

3

Emanzipatorisches Hegemonieprojekt

Das emanzipatorische Hegemonieprojekt befindet sich in einer Position der Schwäche, während die Polarisierung zwischen einem grün-kapitalistischen und einem fossilistisch-reaktionären Block immer ausgeprägter zu werden scheint. Aus dieser Polarisierung und den oben beschriebenen Spannungen ergeben sich, wie gezeigt, jedoch auch Eingriffspunkte für ein neu ausgerichtetes und erstarkendes emanzipatorisches Gegenprojekt. Im Folgenden beschreiben wir zunächst aktuelle Akteurskonstellationen und die strategischen Suchbewegungen in Bezug auf Praxisform und verbindenden inhaltlichen Horizont, bevor wir in Kapitel 4 Vergesellschaftung als Fluchtpunkt für ein wachsendes emanzipatorisches Hegemonieprojekt formulieren.

3.1 Die wichtigsten Akteure und Positionen

Das emanzipatorische Hegemonieprojekt bildet sich aus einer eher losen Akteurskonstellation von zum einen sich schnell wandelnden emanzipatorischen und vor allem ökologischen Bewegungen, Initiativen und Kampagnen auf der einen Seite und zum anderen stabileren, aber auch trägeren Organisationen wie NGOs, Verbänden und (Klein-)Parteien. Es bündelt die Akteure der „sozialen und ökologischen Kämpfe [...] der letzten Jahre“ und Ältere des „oppositionellen Flügel[s] des ehemaligen *grünen* Projekts“.⁷⁷ Die Akteure des emanzipatorischen Projekts waren gerade hinsichtlich klima- und energiepolitischer Fragen lange der linke Rand innerhalb des *grünen* Projektes. Die Ausdifferenzierung des „alten“ *grünen* Projektes erfolgte auf der Grundlage seiner zunehmenden Stärke und seines wachsenden Einflusses innerhalb der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. In den 2000er Jahren konnten sich grüne Kräfte zunehmend auch in den Staatsapparaten etablieren und es entwickel-

ten sich aus den Ökopionier*innen der Energiewende die ersten grünen Kapitalfraktionen. Während sich der pragmatische Teil der Umweltbewegung und des grünen Projekts allgemein auf einen realpolitischen Kurs zur Energiewende begab, konstituierten sich in einer Gegenbewegung dazu die Anfänge einer aktivistischen Klimabewegung, die zu einer Ausdifferenzierung der Hegemonieprojekte führte.⁷⁸

Das emanzipatorische Projekt ist stark von Bewegungsakteuren geprägt und daher relativ kleinteilig organisiert. Bewegungszyklen, etwa von Bündnissen wie *Ende Gelände*, machen deutlich, dass sich Konjunkturen und Aktivitäten durch das Fehlen der Stabilität und Dauerhaftigkeit, die verfestigte Akteure wie (große) Parteien mit sich bringen, hier eher wellenförmig darstellen. Etwas stabilere Akteure sind kleinere Verbände, Vereine und NGOs, die oft eng verknüpft mit den Bewegungen arbeiten. Das emanzipatorische Projekt wird anders als die dominanten Hegemonie-

77 Sander, Hendrik: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022, S. 8. (Hervorhebung im Original.)

78 Vgl. Sander, Hendrik: Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland – Entwicklung und Perspektiven. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2016; Decker, Frank: Etappen der Parteigeschichte der Grünen. Bundeszentrale für politische Bildung, 6. Februar 2023.

projekte kaum von Massenorganisationen und Parteien repräsentiert; einzig die Partei DIE LINKE ist in (nach der Abspaltung des Wagenknecht-Flügels) großen Teilen dem emanzipatorischen Projekt zuzurechnen. Daneben haben sich in den letzten Jahren auch immer wieder kleine Parteien oder Wahllisten wie beispielsweise die sogenannte *Klimaliste* entwickelt, die bislang jedoch marginal bleiben. Durch ihre Abhängigkeit von anderen Zyklen, die etwa durch (Bundestags-)Wahlen oder Fördermittelperioden vorgegeben sind, kommt es zwischen den stärker formalisiert verfassten Organisationen und sozialen Bewegungen immer wieder zu strategischen Divergenzen und Konflikten.

Neben diesen Akteursgruppen, die klar dem emanzipatorischen Projekt zugerechnet werden können, sind gerade bei den Massenorganisationen der historischen Arbeiter*innenbewegung wie den Gewerkschaften, aber auch in Parteien wie den Grünen, sowie in größeren Verbänden und NGOs wie dem BUND einzelne Fraktionen oder Gruppen vorhanden, die sich entgegen der allgemeinen Positionierung der Organisation eher zum emanzipatorischen Projekt hin orientieren. Dies birgt Ressourcen und schafft Gesprächskanäle sowie Bündnis- und Interventionsoptionen für das emanzipatorische Projekt.

Das emanzipatorische Projekt strebt angesichts der Klimakrise einen grundlegenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft an, einen „system change“ also: „Es zielt auf eine tiefgreifende Demokratisierung von Wirtschaft und Staat; auf Degrowth und eine Aufhebung der imperialen Lebensweise; auf soziale Sicherheit und Reproduktionsökonomie – und damit auf eine postkapitalistische Gesellschaft.“⁷⁹ Sander benennt als wesentliche politische Projekte des emanzipatorischen Hegemonieprojekts: „Kohle- und Gasausstieg sowie Energiedemokratie bzw. -gerechtigkeit; Mobilitätswende (Umstieg auf einen solidarischen Umweltverbund und Konversion der Autoindustrie); Vergesellschaftung zentraler Infrastrukturen sowie gerechter Umbau und Demokratisierung der Industrien“.⁸⁰

Wir verstehen das emanzipatorische Projekt in diesem Sinne und in Abgrenzung zum grün-kapitalistischen Projekt als eindeutig antikapitalistisch.

Dementsprechend lässt sich anhand der Frage, ob die Überwindung des Kapitalismus ein Horizont der Transformation ist, zwischen und innerhalb von Akteuren differenzieren, in welches Projekt sie einzuordnen sind. Dadurch werden unter anderem auch die internen Spannungen bei *Fridays for Future* oder den Grünen besser greifbar.

Im (lange für das emanzipatorische Projekt zentralen) Feld Energiepolitik zielt das emanzipatorische Projekt im Kontrast zum grün-kapitalistischen Projekt nicht auf eine Einbindung der derzeitigen Profiteure des fossilen Energieregimes, wie Energie- oder Automobilkonzerne. Vielmehr strebt es einen beschleunigten Ausstieg aus fossilen Energieträgern und einen Rückbau klimaschädlicher Industrien an. Parallel dazu soll der Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigt werden. Während sich die zentrale Forderung historisch auf ein „Raus aus der Kohle“ beschränkte, fordern Akteure im emanzipatorischen Projekt zunehmend, dass der Ab-, Um-, und Aufbau der Infrastrukturen im Rahmen von gemeinwirtschaftlichen Organisationen geschehen soll, die jenseits von Profitorientierung eine sozial wie global gerechte Erzeugung und Verteilung von Energie ermöglichen sollen. Im Kontrast zum grün-kapitalistischen Projekt soll die Energiewende nicht marktgesteuert, sondern politisch-demokratisch koordiniert werden. Dies wird unter dem Schlagwort einer sozial-ökologischen Transformation zusammengeführt.

Strategisch setzten die Akteure des emanzipatorischen Projekts auch aufgrund ihrer Ferne zu staatlichen Apparaten und Produktionsmitteln primär auf Mittel der außerparlamentarischen Opposition: Aktionen des zivilen Ungehorsams, Demonstrationen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Damit konnten sie immer wieder diskursive Erfolge verzeichnen. Diese konnten sich jedoch nur punktuell und gebrochen im Staat verdichten. Eine direkte Gestaltung von Transformationsprozessen war aus dieser Position heraus nur punktuell und auf lokaler Ebene und in Bündnissen mit Akteuren aus dem grün-kapitalistischen Projekt möglich, wie z. B. in Hamburg durch die Rekommunalisierung der Energieversorgung qua Volksentscheid⁸¹.

79 Sander, Hendrik: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022, S. 8.

80 Ebd., S. 25.

81 Hamburger Energietisch: Zehn Jahre nach dem Energienetze-Volksentscheid in Hamburg. 16. September 2023.

3.2 Aktuelle Entwicklungen: Praxisformen und inhaltliche Orientierung

Das emanzipatorische Projekt befindet sich aktuell in einer ungeordneten und sich gleichzeitig schnell verändernden Situation. In der vergangenen Dekade ist es dem emanzipatorischen Projekt gelungen, diskursiv mit eigenen Forderungen präsent zu werden und große Mobilisierungen zu erreichen⁸². Zum einen bildete sich die Massenbewegung *Fridays for Future* heraus, die zwar nicht eindeutig und vollständig dem emanzipatorischen – als antikapitalistischen – Projekt zuzuordnen ist, aber eine gesamtgesellschaftliche Offensive für das Thema Klimawandel und Klimapolitik hervorbrachte. Zum anderen setzte der radikalere Teil der Klimabewegung mit Akteuren wie dem Bündnis *Ende Gelände* eine Dynamik in der Auseinandersetzung um den Kohleausstieg in Gang, die letztlich zum geplanten Ausstieg aus der Kohleverstromung beigetragen hat. Dies führte in der kurzen Zeit zwischen dem Pariser Abkommen von 2015 und der Corona-Krise zu einer Art Klimaoffensive, das heißt einer Situation, in der die Notwendigkeit einer ökologischen Transformation zumindest diskursiv dominant geworden ist und Politiken für Klimaschutz offensiv vorangetrieben werden konnten – sowohl von Akteuren des grün-kapitalistischen als auch des emanzipatorischen Hegemonieprojekts und teilweise in einem strategischen Bündnis von beiden.

Die Massenmobilisierungen und Geländegewinne (buchstäblich wie bei *Ende Gelände* und metaphorisch in den Staatsapparaten und Parlamenten) konnten sich jedoch auch in dieser Phase nur gebrochen in konkreten politischen Erfolgen materialisieren – wie bspw. am Klimaschutzgesetz oder dem völlig unzureichenden Kohlekompromiss sichtbar wird. Daran wird deutlich, dass die klimaoffensive Situation zwar auf einer diskursiven und symbolischen Stärke und großer

(auch spontaner) Mobilisierungsfähigkeit beruhte, das emanzipatorische Projekt darüber hinaus aber keine dauerhaften Machtressourcen aufgebaut hatte und vor allem innerhalb der Staatsapparate kaum vertreten war⁸³. Mobilisierungsfähigkeit und diskursive Präsenz sind, wie hier sichtbar wird, noch lange keine Hegemonie. Die enttäuschenden Resultate dieser diskursiv-symbolischen Stärke, verstärkt durch die pandemiebedingten Einschränkungen, destabilisierten die stark aktivistisch geprägten und von ehrenamtlicher Arbeit getragenen Strukturen in den letzten Jahren erheblich und lösten interne strategische Neuordnungs- und Suchprozesse aus, die die emanzipatorische Akteurslandschaft bis heute prägen.⁸⁴

Sowohl die Corona-Krise als auch der Energiepreisschock infolge des russischen Angriffskriegs haben die Koordinaten der energiepolitischen Debatten weiter zuungunsten des emanzipatorischen Projekts verschoben. Die plötzlich massiv angestiegenen Energiepreise schienen kurzzeitig als Akzeptanzbooster für erneuerbare Energien zu wirken, wurden dann aber – v. a. mit Blick auf die Versorgungsfrage angesichts der Abkehr von russischem Gas – schnell für einen fossilen Rollback genutzt, der zu massiven Investitionen in Flüssiggas-Infrastrukturen und zu neuen politischen Geländegewinnen der fossilen Interessengruppen führte. Trotz vielfacher Interventionsmöglichkeiten und einiger Versuche ist es rückblickend betrachtet nicht gelungen, hier neue Erzählungen und Politiken des emanzipatorischen Projekts zu etablieren⁸⁵. Das emanzipatorische Hegemonieprojekt steht derzeit nicht nur wegen der geringen Verbreiterung und organisatorischen Verankerung sowie der Ferne zu Machtmitteln in Staat und Produktionsprozessen abseits der politischen

82 Staude, Jörg: 300.000 bei „Fridays for Future“ in Deutschland. klimareporter.de, 15. März 2019.

83 Vgl. Wermeier, Lucas / Bosse, Johannes: Was die Klimagerechtigkeitsbewegung aus Lützerath lernen sollte. jacobin.de, 11. Januar 2023.

84 Vgl. Müller, Tazio: Bewegung Jenseits des Scheiterns, oder: Die Klimabewegung ist tot. Es lebe die Klimabewegung! Friedliche Sabotage, 21. September 2023;

Grebenjak, Manuel: Kippunkte. Strategien im Ökosystem der Klimabewegung. Unrast Verlag, Münster, 2024;

Grebenjak, Manuel: Streiken, kleben, und dann: Wohin geht die Klimabewegung? derstandard.de, 2. Mai 2023;

Rackete, Carola und Momo: Wir brauchen die Vergesellschaftung der Klimagerechtigkeitsbewegung. Lower Class Magazine, 24. Februar 2023;

Thiele, Lasse: Klimabewegung: Alltag statt Abstraktionen. nd.de, 28. Dezember 2023;

Eckstein, Lara / Heinisch, Franziska. Wirksam werden. Zeitschrift Luxemburg, 2022.

85 Vgl. Kühn, Timm: Kein linker heißer Herbst. taz.de, 30. Dezember 2022.

Hauptkonflikte, sondern hat seit 2020 zusätzlich an diskursiver Kraft und Reichweite sowie interventio-nistischem Potenzial verloren. Die desaströsen Er-gebnisse der Europawahl im Juni 2024 für die Partei DIE LINKE können als ein weiterer Ausdruck dieser Situation gelesen werden.

Bedeutsame Akteure der Klimabewegung befin-den sich am Ende eines Bewegungszyklus und ste-cken in einer strategischen Neuorientierung (*Ende Gelände*) oder Suchbewegung (z. B. *Fridays for Fu-ture*). Die Partei DIE LINKE befindet sich in einem an sozialen Bewegungen ausgerichteten und von diesen entscheidend mit vorangetriebenen Erneuerungs-prozess, der zugleich ein Überlebenskampf zu sein scheint. Diese Situation, in der „alte“ Strategien nicht mehr die gleiche Wirkung oder Mobilisierungskraft entwickeln, ist einerseits Ausdruck von Schwäche und (notwendiger) interner Reorientierung, anderer-seits aber auch die Grundlage, auf der neue strategi-sche Impulse und Projekte entstehen. Die Situation ist derzeit weder koordiniert noch strategisch bestimmt. Deswegen entwickeln sich teils ergänzende, teils wi-derstrebende neue Ansätze parallel.

Grundsätzlich lassen sich auf der Ebene der Pra-xisformen und Aktionsstrategien drei grobe Suchrich-tungen ausmachen, die in Reaktion auf die ausgeblie-bene Übersetzung diskursiver Stärke in realpolitische Erfolge aktuell erprobt und diskutiert werden. Diese Neuorientierungsansätze schließen einander nicht aus, sind aber als teils parallel, teils gegeneinander laufende Debattenstränge und Organisationsan-sätze zu beobachten. Es handelt sich dabei 1. um die Fortsetzung erprobter Aktionsformen in teils neuen Themenfeldern, 2. um den Versuch von Reformbemü-hungen in und durch etablierte Organisationen und Parteien und 3. um eine Fokussierung auf projektbe-zogenen Basis- und Machtaufbau durch Organizing, explizit klimasoziale Kämpfe und eine engere Zusam-menarbeit mit Gewerkschaften („labour turn“).

1. Kontinuität disruptiver Aktionsformen

Die Strategie des massenhaften zivilen Ungehorsams an den Orten der Klimazerstörung, die im ver-gangenen Bewegungszyklus insbesondere durch

das Bündnis *Ende Gelände* geprägt wurde, wird in be-kannter und teils modifizierter Form von Folgeakteu-ren wie dem Zusammenschluss *Disrupt* fortgesetzt. Beispiele dafür sind die Aktionen gegen LNG-Termin-als auf Rügen⁸⁶ oder gegen Tesla in Grünheide⁸⁷. Neu ist dabei, dass disruptive Strategien bereits sehr früh mit der Mobilisierung von lokalen Akteuren und Orga-nizing-Ansätzen (siehe 3. strategischer Ansatz) sowie mit der Entwicklung von Zukunftsperspektiven (Ent-eignung, Konversion) verbunden werden. Trotz Ähn-lichkeiten in der Aktionsform zählt die *Letzte Genera-tion* nur eingeschränkt in diesen Strang. Obwohl die Strategie des massenhaften zivilen Ungehorsams, der „Erfolg“ im Erregen öffentlichen Interesses (und Ärgernisses), sowie die aufwendig choreographierte und stilisierte Radikalisierung der Aktionsform zu-nächst vertraut scheint, handelt es sich bei der Ana-lyse, Programmatik und den Forderungen (z. B. 9-Eu-ro-Ticket und Tempolimit) der *Letzten Generation* um eine pragmatische Reformagenda ohne antikapitalis-tische Perspektive.

2. Institutionelle Integration und Transformation

Der zweite strategische Ansatz, der sich beobachten lässt, zeichnet sich durch den Wunsch aus, die For-derungen und diskursiven Gewinne aus der klima-offensiven Phase durch stärkere Verankerung in be-stehende Institutionen in konkrete politische Erfolge umzusetzen. Diese Strategie kann bedeuten, sich an der grünen Partei zu orientieren, um in diese selbst hinein und durch diese in parlamentarische Debat-ten und letztendlich die Regierungspolitik zu wirken. Zwar wird diese Strategie nach wie vor von einzelnen progressiven Personen verfolgt, die etwa aus sozia-len Bewegungen ins Parlament gewechselt sind. Den-noch muss sie in Anbetracht der machtpolitischen Bedingungen der Regierungsbeteiligung und der ideologischen Ausrichtung der Grünen-Führung als gescheitert gelten. Andere Ziele, die eine Integration in das grün-kapitalistische Projekt verfolgen, wie das Bereitstellen von Ressourcen für progressive Akteure, das Beeinflussen von Diskursen oder das Verhindern der schlimmsten Auswüchse, mögen legitim sein. Sie bedeuten aber ein unauflösbares Spannungsverhält-

86 Vgl. Braun, Louisa Theresa: Ende Gelände und Lebenswertes Rügen: Alle zusammen gegen LNG. [Nd-aktuell.de](https://nd-aktuell.de), 26. September 2023.

87 Vgl. Freitag, Max: Proteste gegen Werk in Grünheide: Tesla in Bedrängnis. nd.de, 12. Mai 2024.

nis zwischen innerer Opposition und Einbindung in das dominante Hegemonieprojekt und damit keine emanzipatorische Strategie als solche.

Mit dem strategischen Ansatz verwandt, aber anders gelagert, ist die Debatte und Praxis rund um die bewegungsorientierte Erneuerung der Linkspartei, sowie kleinere Parteiprojekte wie die *Klimaliste*. In der Offenheit, die die tiefe Krise der Linkspartei verursacht hat, werden uralte innerlinke Debatten um eine Neubelebung und -definition der Partei als zentrales Instrument für gesellschaftlichen Wandel teils unerwartet konstruktiv mit neuem Leben gefüllt⁸⁸. Durch die aktuelle Re-Orientierung der Partei DIE LINKE könnte sich diese wieder als relevantere parteiförmige Akteurin innerhalb des emanzipatorischen Projektes etablieren, die zumindest das Potenzial hat, einen Bezugs- und Ankerpunkt des emanzipatorischen Projekts hinsichtlich Breite der Verankerung, aber auch bezüglich Ressourcen und Kontinuität von Arbeit zu bilden.

3. Organizing und Labour Turn

Ein dritter Ansatz konzentriert sich auf die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften sowie die Organisation von gesellschaftlich prekären Gruppen in konkreten Kämpfen. Er drückt sich zum einen in einem „labour turn“ aus, besonders eindrücklich im Bündnisprojekt *Wir fahren zusammen* von ver.di und *Fridays for Future*. Zum anderen finden hier lebhaftere Debatten und erste Erfahrungen mit Organizing-Ansätzen statt⁸⁹.

Der „labour turn“ der Klimabewegung beschreibt die Orientierung auf Mittel des Streiks und betrieblicher Kämpfe. Die Zusammenarbeit von Klimabewegung mit der organisierten Arbeiter*innenschaft wurde in den letzten Jahren als Kernelement emanzipatorischer Strategien ausgemacht. Hinter dem „labour turn“ steht die Einsicht, dass es dem emanzipatorischen Projekt auch aufgrund der Distanz zu gewerkschaftlichen Akteuren bislang an echten Machtmitteln, wie beispielsweise der Möglichkeit zur Unterbrechung der Produktionsprozesse, gefehlt hat. Diese sollen nun aufgebaut werden. Es ist klar, dass eine ernst gemeinte ökologische und von öffentli-

chem Eigentum getragene industrielle Wende nur mit den Machtressourcen und dem Wissen der Arbeitenden und direkt Betroffenen zu machen ist. Kooperationen zwischen Klimaakteuren und Gewerkschaften sind bisher aber auf Bereiche beschränkt, in denen sich eindeutige klimapolitische Bezüge von Arbeitskämpfen herstellen lassen (bisher Arbeitszeitverkürzung und gute Löhne für den Ausbau des ÖPNVs). Sie können selbst im besten Fall nur moderate und tarifpolitisch durch Streiks erkämpfbare Forderungen realisieren. Die gewerkschaftlichen Positionierungen stehen zwar mittlerweile dem ökologischen Umbau und der Notwendigkeit alternativer Technologien auch in anderen Bereichen positiver gegenüber. Aber der notwendige breitere Aufbau einer Klima-Arbeiter*innenbewegung bleibt bisher aus.

Die zunehmend zu beobachtende Orientierung auf explizit klimasoziale Kämpfe, insbesondere durch Mittel des Organizing, ist inspiriert durch Organizing-Ansätze in den USA oder durch die Arbeit von *Deutsche Wohnen & Co enteignen* sowie der Gewerkschaftsinitiative *Organizi.ng*. Aktuell entstehen in diesem Bereich Projekte und Initiativen etwa zum Thema Energie- oder Wärmewende, die die materiellen Interessen von Mieter*innen oder Energienutzer*innen unmittelbar und mit dem Ziel eines Basisaufbaus an Klimaziele koppeln.⁹⁰ Ihnen fehlt allerdings bislang eine Perspektive für den mittel- bis langfristigen - und vor allem themenübergreifenden - Organisationsaufbau (mehr dazu in Kapitel 4.2.).

Vergesellschaftung als aufkeimender inhaltlicher Bezugspunkt

Den drei Suchbewegungen oder strategischen Ansätzen in Bezug auf Praxisformen und strategische Ausrichtung ist eine große Offenheit und Unklarheit gegenüber einem verbindenden und stärkenden inhaltlichen Horizont sowie einer mittelfristigen strategischen Perspektive gemein. Diese Offenheit ist zum einen als Chance zu verstehen, um neue Verknüpfungen zwischen sozialen und ökologischen Kämpfen

88 Vgl. Treblin, Johanna: Rettungsaktion: Bitte eintreten. taz.de, 20. November 2023.

89 Vgl. Müller-Vahl, Rika: Streiken für's Gemeinwohl: #WirFahrenZusammen weiter. Luxemburg Zeitschrift, 2024.

90 Bspw. die Initiativen Soziale Wärmewende jetzt (<https://soziale-waermewende-jetzt.de/>) oder RWE & Co enteignen (<https://rwe-ent-eignen.de/>); vgl. auch: Peter, Erik: Aufruf zum Strompreis-Boycott. taz.de, 10. Januar 2023.

sowie zwischen verschiedenen Strategien herzustellen. Zum anderen ist die Ungewissheit auch Ausdruck von Schwäche und Orientierungslosigkeit der Bewegung. In den Jahren seit der Pandemie wurde allerdings zunehmend eine mögliche übergeordnete inhaltliche und strategische Perspektive diskutiert, die verschiedene Kämpfe zusammenführen könnte. So taucht die Forderung nach Vergesellschaftung immer häufiger in verschiedenen Kontexten und Slogans auf, es entstehen neue Initiativen wie *RWE & Co enteignen* sowie diskursive und programmatische Impulse wie die Vergesellschaftungskonferenzen 2022⁹¹ in Berlin und 2024⁹² am Werbellinsee in Brandenburg. Hier wurden und werden Perspektiven und Strategien entwickelt, um an die politischen Erfolge von *Deutsche Wohnen & Co enteignen* in Berlin und gleichermaßen an frühere Sozialisierungsbewegungen anzuknüpfen. Hintergrund dieser Entwicklung ist die Analyse, dass es der Klimabewegung bislang an Zielkonzepten und eigener Gestaltungsfähigkeit gemangelt hat. Um den strategischen Fluchtpunkt Vergesellschaftung ist eine wachsende Debatte entstanden – es fehlt jedoch bislang an Einigkeit über Praxisformen und Ansatzpunkte in konkreten politischen Auseinandersetzungen sowie an konzeptueller und strategischer Ausformulierung, was Vergesellschaftung in Sektoren wie dem Energiebereich bedeuten würde.

In der derzeitigen Umbruchssituation, in der sich das emanzipatorische Projekt befindet, verlieren alte Instrumente (wie die Klimastreiks, aber auch Aktionen zivilen Ungehorsams) an Mobilisierungskraft und Präsenz. Neuere Ansätze konnten sich jedoch noch nicht in der Breite durchsetzen. Erst wenn sowohl inhaltliche und konzeptionelle Schärfungen als auch Praxisformen und gegenseitige Bezüge weiter geklärt worden sind, wird das emanzipatorische Projekt die sich zuspitzenden kapitalistischen Krisen, auf die weder der grün-kapitalistische noch der reaktionär-fossilistische Block Antworten haben, für einen Aufschwung nutzen können.

91 Latocha, Tabea: Better Believe the Hype! nd.de, 14. Oktober 2022.

92 vergesellschaftungskonferenz.de

Vergesellschaftung

Das Grundgesetz ermöglicht die Überführung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeinwirtschaft „zum Zwecke der Vergesellschaftung“. Doch was heißt das genau? Offensichtlich ist die (formelle) Überführung in Gemeineigentum allein noch keine Vergesellschaftung. Wenn wir in dieser Studie von Vergesellschaftung reden, dann meinen wir damit eine grundlegende Veränderung der Eigentumsordnung *und* der Wirtschaftsweise im Sinne einer bewussten, demokratischen und solidarischen Gestaltung von gemeinsamen Ressourcen, Infrastrukturen und (Re-)Produktionsmitteln.

Zur Vergesellschaftung gehören mindestens drei Elemente⁹³:

- Eine Änderung der Eigentumsverhältnisse von privatem Eigentum in Formen des Gemeineigentums (Enteignung).
- Eine Änderung der Entscheidungsstrukturen von Marktmechanismen oder staatlicher Autorität hin zu demokratischen Strukturen (Demokratisierung).
- Eine Änderung der Bewirtschaftungszwecke von Profit- und Kapitalmarktorientierung hin zu bedürfnisorientiertem Wirtschaften (Gemeinwohlorientierung).

93 Vgl. Stupka, Jenny: Die politisch-strategischen und theoretischen Potenziale von Vergesellschaftung. In: *communia* (Hrsg.): *Neue Energie für Vergesellschaftung – Vergesellschaftung für neue Energie*. Schieder-Schwalenberg, 2023, S. 12–17, hier: S. 13.

4

Vergesellschaftung als verbindende Perspektive

Im Gesamtbild der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse steht das emanzipatorische Projekt abseits der zentralen Auseinandersetzungen um die Energiewende. Es verliert angesichts der Polarisierung zwischen Grünen und AfD an Sichtbarkeit. Derzeit muss es zusehen, wie die grün-kapitalistische Transformation des Energiesektors zum einen stockend voranschreitet, zum anderen zunehmend von rechts attackiert wird. Die Perspektive einer emanzipatorischen Transformation findet in dieser Konstellation nur wenig Raum. Für das emanzipatorische Projekt muss es daher darum gehen, sich als sichtbare und wachsende Kraft gegen beide Tendenzen zu positionieren, ohne „im Effekt bloß als oppositioneller Wegbereiter eines grünen Kapitalismus zu wirken“⁹⁴. Angesichts der derzeitigen Kräfteverhältnisse gibt es keine schnellen Lösungen für eine emanzipatorische Transformation. Weder die Integration in bestehende Institutionen noch die Fortführung der Strategien aus der letzten Dekade sind ausreichend, um das emanzipatorische Hegemonieprojekt wieder zu stärken und eine sozial-ökologische Transformation zu erkämpfen.

4.1 Herausforderungen für ein emanzipatorisches Hegemonieprojekt

Um mittelfristig in die Offensive zu kommen, steht das emanzipatorische Hegemonieprojekt vor mindestens vier Herausforderungen: *Erstens* müssen im Rahmen einer „ökologischen Klassenpolitik“⁹⁵ soziale mit ökologischen Kämpfen von vornherein und strukturell verbunden werden. *Zweitens* braucht es eine umfassende, verbindende, greifbare und begeisternde Erzählung gesellschaftlicher und ökologischer Transformation, in der eine postkapitalistische Ordnung vorstellbar und erstrebenswert wird. *Drittens* sind

konkrete, sichtbare und perspektivweisende politische Einstiegsprojekte notwendig, die bestehende Widersprüche und Probleme der grün-kapitalistischen Modernisierung aufgreifen und lösen. Durch eine realistische Umsetzungsperspektive können sie eine reale Alternative gegenüber Status quo und rechten Politiken darstellen. Schließlich braucht es, *viertens*, ausgehend von den aktuellen Strategiedebatten eine innere Neuaufstellung in Praxis und Organisationsformen, die den mittelfristigen Aufbau von

94 Sander, Hendrik: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022, S. 26.

95 Ebd.

Machtressourcen und sichtbaren, durchsetzungsfähigen Organisationsstrukturen einschließt. Nur wenn alle vier Herausforderungen gemeistert werden, kann ein einheitliches und starkes emanzipatorisches Projekt entstehen.

Zur Beantwortung dieser Herausforderungen lohnt es sich, an die Debatte um Vergesellschaftung als geteiltem Horizont anzuknüpfen. Indem Vergesellschaftung die Eigentumsfrage ins geteilte Zentrum unterschiedlichster Kämpfe stellt, hat sie das größte Potenzial, die vier Herausforderungen, denen sich ein emanzipatorisches Hegemonieprojekt gegenübersteht, zu meistern. Vergesellschaftung hebt den Widerspruch zwischen sozialen und ökologischen Anliegen auf, wodurch vielfältige Akteur*innen sich positiv auf das Projekt beziehen können. Vergesellschaftung bietet eine umfassende Erzählung einer demokratischen Wirtschaft an, in die sich, aus Abwehrkämpfen entwickelte, richtungsweisende Einstiegsprojekte einordnen lassen. Und auch auf der Ebene der Praxis- und Organisationsformen bietet Vergesellschaftung richtungsweisende Antworten.

Ökologische Klassenpolitik

Vergesellschaftungsperspektiven können die unter Bedingungen des Privateigentums vorhandene Gegensätzlichkeit sozialer und ökologischer Ziele auflösen und damit breitere Interessengruppen integrieren. Insbesondere Akteuren und Gruppen, die derzeit dem grün-kapitalistischen oder dem sozial-defensiven Projekt zuzurechnen sind oder die mit diesen strategische Bündnisse geschlossen haben, können so attraktive Angebote mit Umsetzungsperspektive gemacht werden (vgl. Kapitel 2.3). Indem sie den gordischen Knoten des Privateigentums zerschlägt, kann Vergesellschaftung ökologische mit sozialen Zielen verbinden. Sowohl stark sozial als auch stark ökologisch motivierte (progressive) Akteur*innen gewinnen so die Möglichkeit, sich in Kämpfe um Vergesellschaftung einzubringen und jenseits der regelmäßigen Frustrationserfahrungen und Abwehrkämpfe gemeinsam Wirkmächtigkeit zu entfalten. Um ambitionierte Vergesellschaftungsforderungen mit hegemonialem Anspruch mit konkreten betrieblichen Auseinandersetzungen zu verbinden, werden sich in den nächsten Jahren zunehmend Gelegenheiten bieten.

Gemeinsame Kämpfe sind vor allem in Bereichen der Daseinsvorsorge vorstellbar, d. h. zum Beispiel um die Demokratisierung, Klima- und Gemeinwohlorientierung sowie um eine auskömmliche Finanzierung von Stadtwerken oder der Deutschen Bahn. Gleichzeitig ist es dringend notwendig, Auseinandersetzungen auch in Industriebetrieben zu führen und den Boden für industrielle Klimakämpfe zu bereiten. Denn ohne diese ist kein ernsthafter sozial-ökologischer Umbau zu machen. Anstehende Kämpfe um Arbeitsplätze in zu transformierenden Betrieben und Branchen bieten Anknüpfungspunkte für gemeinsame Kämpfe, da das grün-kapitalistische Projekt innerhalb der herrschenden Eigentumsordnung keine überzeugenden Antworten liefern kann. Vergesellschaftung und öffentliches Eigentum ist dabei die richtige langfristige Perspektive. Zunächst muss es jedoch um Beziehungsaufbau, das Finden von Gemeinsamkeiten und die Politisierung der Klimafrage gegen die Kapitalseite gehen.⁹⁶

96 Vorbildhaft: www.labourgnd.uk/worker-climate.

Ökologische Klassenpolitik beim Automobilzulieferer GKN

Ein seltenes, aber beeindruckendes Beispiel für die Formulierung eines Projekts ökologischer Klassenpolitik, das an der Eigentumsfrage ansetzt, ist der Kampf um den Autozulieferbetrieb *GKN* in der Nähe von Florenz. Das Werk, das Gelenkwellen für die Automobilindustrie hergestellt hatte, wurde nach der Androhung der Schließung von Arbeitenden besetzt. Die Besetzung hält nun seit fast drei Jahren an. In dieser Zeit haben die Arbeitenden gemeinsam mit Akteuren der Umweltbewegung, Universitäten der Region und lokaler Bevölkerung Konversionspläne erarbeitet; sie beabsichtigen, nunmehr als Genoss*innenschaft, künftig Lastenräder und Solarpaneele zu bauen⁹⁷. Zentral bei dem als *Collettivo di Fabbrica GKN* oder auch *ex-GKN* bezeichneten Unterfangen war die vorausgegangene Beziehungsarbeit zwischen dem linken Betriebskollektiv und Akteuren in der Region, sodass zum Zeitpunkt der Schließung bereits schlagkräftige Bündnisse vorhanden waren. In Deutschland gab es mit der Initiative *Klimaschutz und Klassenkampf* rund um ein Bosch-Werk in München ähnliche Versuche.

Ein Problem an lokalen betrieblichen Auseinandersetzungen entlang der Eigentumsfrage zeigt sich nun jedoch auch bei *GKN* in Florenz. Trotz aufreibender Kämpfe und überwältigender lokaler und internationaler Solidarität droht die Übernahme durch die Arbeitenden nun an der Finanzierung zu scheitern. Denn die regionale Regierung sperrt sich bisher gegen eine Finanzierung (ähnlich wie die Labour-Regierung im Falle der Konversionspläne bei *Lucas Aerospace* in den 1970ern). Klar ist damit: Betriebliche Kämpfe und Organisation sind wichtig und die Keimzelle für langfristigen Macht- und Organisationsaufbau. Gleichzeitig bleiben einzelne betriebliche Auseinandersetzungen ohne die größere Perspektive von Vergesellschaftung der gesellschaftlichen Investitionen und demokratischer Industriepolitik von unten oftmals letztendlich doch den Kapitallogiken ausgeliefert.

⁹⁷ Vgl. Büchling, Cedric: *Eine (nicht) besetzte Fabrik. Zu Besuch bei ex:GKN in Florenz.* *express*, Nr. 2/2024.

Eine umfassende Erzählung mit Umsetzungsperspektive

Die Perspektive der Vergesellschaftung geht über eine bloße Forderung oder ein isoliertes Einzelprojekt hinaus, indem sie konkrete wie übergeordnete Erzählungen einer emanzipatorischen Transformation ermöglicht. Vergesellschaftung bietet in Form demokratischer und gemeinwohlorientierter Gemeingüter einen verlässlichen und attraktiven Rahmen, der zugleich kontextspezifische Ausgestaltung zulässt und erfordert. Sie beschreibt eine Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht mehr warenförmig und profitorientiert, sondern bedürfnisorientiert, klimagerecht und demokratisch organisiert ist.⁹⁸ Durch die Verankerung von Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaft im Grundgesetz bestehen für Vergesellschaftung als geteilte strategische Perspektive zwar keine einfachen, aber zumindest reale Umsetzungsmöglichkeiten. Der Fokus auf die Eigentumsfrage verhindert zugleich kompromisshafte Einbindungen, da die Eigentumsordnung als zentraler Pfeiler des Kapitalismus für die rechten und kapitalistischen Hegemonieprojekte unantastbar ist. In diesem Spannungsfeld leuchtet das begeisternde Potenzial von Vergesellschaftung als Begriff und Horizont auf: In der bestehenden Ordnung selbst anknüpfend, wird hier eine postkapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft vorstell- und potenziell erreichbar.

Verbunden durch den Bezug auf Vergesellschaftung können sich eine Vielzahl unterschiedlicher Akteur*innen und Interessengruppen mit unterschiedlichen Strategien und Zielen aufeinander beziehen. Anhand des themenübergreifenden Projekts von demokratischem, öffentlichem Eigentum in stabilen Bündnissen können sie auch längerfristig zusammenarbeiten.

Einstiegsprojekte

Zugleich sind vielfältige, konkrete und gewinnbare Projekte in überschaubarem Umfang von zentraler Bedeutung. Initiativen können anhand der Eigentumsfrage konkrete gewinnbare Kämpfe zuspitzen und sich dabei in ein übergeordnetes Projekt mit gemeinsamem Kern einschreiben. So kann Vergesellschaftung in der Lebenswelt erfahrbar und vielleicht gewinnbar werden – ohne lokal oder thematisch zu vereinsamen.

Als Fundament der Wirtschaft eignet sich der Energiesektor neben anderen ganz besonders für Vergesellschaftungsprojekte. In klarer Gegnerschaft zu global agierenden privaten Konzernen wie RWE oder E.ON, deren Interessen Klimagerechtigkeit und sichere Energieversorgung für alle gerade verhindern, sind die Vergesellschaftung des Energiesektors und eine Demokratisierung der Energiewende an konkrete Alltagsorgen und die wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen direkt angebunden. Einstiegsprojekte im Kampf um ein öffentliches, demokratisiertes Energiesystem können der Aufbau von Energiegenoss*innenschaften ebenso wie Kämpfe für die Demokratisierung von Stadtwerken oder der kommunalen Wärmeplanung werden. Der globale Charakter der Ausbeutungsstrukturen der fossilen Konzerne und der durch sie verursachten Klimafolgen eröffnet außerdem Möglichkeiten für Allianzen über staatliche Grenzen und die An- und Rückbindung an jahrzehntelange Widerständigkeit im Globalen Süden.

Einstiegsprojekte für Vergesellschaftung sind auch deswegen attraktiv, da sie (wie bei *Deutsche Wohnen & Co enteignen*) realpolitisch auf Landesebene qua Volksentscheid durchsetzbar scheinen, während viele andere Regelungsmöglichkeiten, etwa im Energiesektor, nur auf bundes- oder gar EU-Ebene möglich sind. Diese Ebenen sind dem emanzipatorischen Hegemonieprojekt derzeit aufgrund der eigenen Schwäche und primär bewegungsförmigen Organisationsformen verschlossen. Denn hier existieren keine plebiszitären Verfahren. Wie das Beispiel *Deutsche Wohnen & Co enteignen* in Berlin gezeigt hat, haben in dieser Situation insbesondere Volksentscheide das Potenzial, breite lokale Bündnisse zu etablieren, Vergesellschaftungsforderungen konzeptuell zu konkretisieren und diese mit einer realen Durchsetzungsperspektive zu versehen.

98 Vgl. communia & BUNDjugend (Hrsg.): Öffentlicher Luxus. Karl-Dietz-Verlag, Berlin, 2023.

Gemeinschaft im Energiesektor

Während es für den Wohnsektor erste Konzepte einer gemeinwirtschaftlichen Organisation gibt,⁹⁹ befinden sich die Ideen für den Energiesektor noch in der Entwicklung. Deutlich ist, dass ein Umbau zu privaten Bedingungen die Energiewende weiter verzögern, Akzeptanz für ökologische Politik senken und Gewinne privatisieren wird. Deshalb muss die Energiewende gemäß der Prinzipien der Vergesellschaftung privates Eigentum entmachten (Enteignung), bedürfnisorientiert und klimagerecht erfolgen (Gemeinwohlausrichtung) und demokratisch gestaltet werden.

Die Abwicklung fossiler Infrastrukturen, der Ausbau von erneuerbaren Energien, die Verteilung durch Netzinfrastrukturen und die Organisation der Versorgung mit Energie erfordern unterschiedliche Modelle auf unterschiedlichen Ebenen.

Fossiler Ausstieg: Die verbliebene fossile Industrie muss so schnell wie möglich abgebaut werden. Statt den großen Energiekonzernen die Kosten für die Folgeschäden der Kohleproduktion abzunehmen und zugleich staatlich kofinanzierte Profite in den erneuerbaren Energien zu erlauben, müssen die fossilen Energiekonzerne enteignet werden. Vergesellschaftete, d. h. dem Gemeinwohl verpflichtete und demokratisierte Folgeinstitutionen müssten zum einen gerechte Übergänge für Arbeitende und Regionen schaffen und zum anderen die Bewältigung der Folgekosten im gesellschaftlichen Interesse organisieren.

Ausbau der Erneuerbaren: Demokratisch kontrollierte Investitionsgesellschaften mit starken Arbeiter*innenrechten könnten die notwendigen Kapazitäten für erneuerbare Energien aufbauen, insbesondere wenn es um größere Projekte wie Offshore-Windparks geht. Solche Institutionen müssten keinen Gewinn einfahren und kämen als staatliche Akteure an sehr viel günstigere Kredite. Auf lokaler Ebene könnten demokratisierte und gemeinwohlorientierte Stadtwerke die Energiewende vorantreiben. Ebenso können Genoss*innenschaften und Energiegemeinschaften lokal zur Energiewende beitragen und durch gerechte Verteilung der Gewinne die Akzeptanz des ökologischen Umbaus unterstützen.

Netze und Versorgung: Auf der Ebene der Netze braucht es zentrale Koordination, um einen bedürfnisorientierten Umbau zu ermöglichen, notwendige Infrastruktur schnell zu realisieren und die enormen gesellschaftlichen Verluste durch das Zahlen garantierter Renditen an Netzbetreiber zu beenden. Zugleich muss die Versorgung mit Energie bedürfnisorientiert und ökonomisch sinnvoll organisiert werden. Energie könnte als Teil einer bedingungslosen Grundversorgung bis zu einem gewissen Grad kostenlos sein, mit steigenden Kosten bei Überschreitung eines Sockelbetrags.¹⁰⁰ Durch gezielte Preispolitik könnte zudem der sozial-ökologische Umbau anderer Wirtschaftssektoren gefördert werden.

99 Deutsche Wohnen & Co enteignen: Gemeingut Wohnen. Berlin, 2023.

100 Vgl. Thiele, Lasse: Energietarife: Transformative Wege aus der Krise. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.): Bausteine für Klimagerechtigkeit. Konzeptwerk Neue Ökonomie, 2022.

4.2 Politische Praxis und Organisationsformen für Vergesellschaftung

Vergesellschaftung kann als strategische Perspektive für den Aufbau eines emanzipatorischen Hegemonieprojekts im Sinne ökologischer Klassenpolitik eine verbindende Erzählung darstellen, aus der konkrete, gewinnbare Einstiegsprojekte erwachsen. Doch auch auf Ebene der politischen Praxis und Organisationsformen hat Vergesellschaftung das Potenzial, mittel- und langfristig dem emanzipatorischen Hegemonieprojekt strategische Orientierung zu liefern.

Die Vergesellschaftungsperspektive erfordert neue politische Praxisformen, die an die derzeitigen Debatten und Stränge anknüpfen (Kapitel 3) und zugleich in langfristig aufgestellte und starke Organisationsstrukturen münden und (auch auf dem Terrain des Staates) durchsetzungsfähig sind. Daneben müssen Praxisformen und Organisationen vorbereitend wirken, um die konkrete Gestaltung vergesellschafteter Betriebe und Sektoren mit Leben zu füllen und schließlich gegen Angriffe verteidigen zu können.

Kurzfristig ergibt sich aus Vergesellschaftungsforderungen aufgrund der Verankerung im Grundgesetz die attraktive Möglichkeit, kampagnenförmige Volksentscheide anzustreben und durchzuführen. Mittel- und langfristig ist jedoch deutlich, dass der Aufbau stabiler und themenübergreifender Organisationsformen unerlässlich ist, um über Einzelprojekte hinaus Umsetzungsmacht aufzubauen. Nur so kann außerdem die Basis für transformative demokratische Strukturen und Praktiken entwickelt und aufgebaut werden, die nach erfolgter Vergesellschaftung das Fundament der Gemeinwirtschaft bilden werden.

Volksentscheide als Praxisform für Vergesellschaftung

Hegemonieprojekte brauchen konkrete politische Projekte und Strategien, um die sich die Akteure gruppieren können und über die die politischen Ziele umgesetzt werden können. Die Kämpfe um die Transformation des Energiesektors und der umfassenderen sozial-ökologischen Transformation sind wie alle Kämpfe immer eingebettet in bestehende institutionelle Formen und Arenen, die sich durch die Kämpfe auch verändern können, für diese selbst aber insbe-

sondere einen prägenden Rahmen darstellen. Die Forderungen und Ziele verschiedener Akteure sind teils besser und teils schlechter kompatibel mit bestehenden rechtlichen Arrangements oder institutionellen Abläufen. Diese differenzielle Durchlässigkeit rechtlicher Regelungen und institutioneller Verfahren für unterschiedliche Forderungen und Strategien wird in der Tradition der historisch-materialistischen Staatstheorie als strategische Selektivität bezeichnet. Für die Entwicklung des emanzipatorischen Hegemonieprojektes sind neben den derzeitigen Kräfteverhältnissen ebendiese strategischen Selektivitäten des Staates eine wichtige Kontextbedingung. Vergesellschaftung als grundlegendes Ziel muss für konkrete Kämpfe immer entsprechend den strategischen Selektivitäten des Staates angepasst und operationalisiert werden. Das bedeutet, dass sowohl die konkrete inhaltliche Ausgestaltung des Ziels als auch die Form der Organisation und der Kämpfe davon geprägt werden.

Auf welchen institutionellen Wegen kann Vergesellschaftung also derzeit durchgesetzt werden? Und welche Implikationen für Form und Inhalt haben die entsprechenden institutionellen Settings? Der prominenteste Hebel für Vergesellschaftung ist Artikel 15 GG, die Verdichtung eines früheren Kräfteverhältnisses, die im Grundgesetz selbst die Phase neoliberaler Hegemonie überdauert hat: In Artikel 15 sieht das Grundgesetz der BRD die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln gegen Entschädigung vor. Zur Anwendung dieses Artikels ist es jedoch noch nie gekommen. Dies bringt für das emanzipatorische Hegemonieprojekt einen Vor- und einen Nachteil mit sich: Einerseits lässt sich auf diesen Artikel im Rahmen eines Volksentscheids, der sich nur auf die Landesgesetzgebung einzelner Bundesländer beziehen darf, nur deshalb zurückgreifen, da er noch nie vom Bund angewendet wurde und deshalb gemäß Artikel 72 GG die Gesetzgebungskompetenz auch den Ländern offensteht. Während beispielsweise andere regulatorische Eingriffe in den Energiesektor außerhalb der Reichweite der Akteure des emanzipatorischen Hegemonieprojekts sind, weil sie eine stärkere (parlamentarische) Handlungsfähigkeit auf bundespolitischer Ebene erfordern würden,

bietet diese spezifische Konstellation die Möglichkeit, auf landespolitischer Ebene Eigentumsverhältnisse, z. B. im Energiesektor, grundsätzlich anzugreifen. Andererseits sind die Hürden zum Zugriff auf die grundgesetzlich verankerte Möglichkeit der Vergesellschaftung dadurch enorm, dass die Möglichkeiten seiner Anwendung kaum geklärt sind. Es gibt keine Gesetze oder Urteile, an denen sich weitere Vorhaben oder gar Gesetzesentwürfe zur Vergesellschaftung orientieren könnten. Die strategischen Selektivitäten des Staates sehen so zwar die Möglichkeit einer Vergesellschaftung prinzipiell im Grundgesetz vor. Es gibt jedoch keine Ausführungsgesetzgebung oder gar staatliche Apparate, die für Vergesellschaftung zuständig und somit für Forderungen von Bewegungsakteuren zugänglich wären. Darüber hinaus ist der juristische Diskurs zu dem Thema überschaubar und – trotz der wichtigen Klärungen im Abschlussbericht der Expert*innenkommission zur Vergesellschaftung großer Immobilienunternehmen¹⁰¹ – weiter in vielen Hinsichten und vor allem in Bezug auf andere Sektoren ohne herrschende Meinung. Er bildet deshalb nur sehr bedingt eine belastbare Grundlage für die Formulierung von Gesetzesentwürfen als Grundlage für Volksentscheide. Somit stellt die Möglichkeit der Vergesellschaftung fünfundsechzig Jahre nach Schaffung des Grundgesetzes lediglich das Residuum eines vergangenen Kräfteverhältnisses, jedoch keine in der Praxis von Staatsapparaten oder dem juristischen Diskurs materiell unterlegte strategische Selektivität des Staates dar.

Die konkrete Ausformulierung von Vergesellschaftungsforderungen, die im Rahmen verbindlicher Volksentscheide in Form eines Gesetzesentwurfs erfolgen muss, ist durch diese Situation außergewöhnlich komplex und unsicher. Sie bedarf großer finanzieller Ressourcen und rechtlicher, ökonomischer und teils technischer Expertise sowie viel Zeit. Dies alles sind Anforderungen, die bewegungsförmigen, fluktuierenden Organisationsformen tendenziell widersprechen und der Zeitlichkeit von Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit entgegenstehen. Es stellt daher für das emanzipatorische Hegemonieprojekt eine besonders wichtige Herausforderung dar, Strukturen zu entwickeln und zu erhalten, die die nötigen Ressourcen für eine solche Arbeit bereitstellen können und damit konkrete Initiativen für Vergesellschaftungskampagnen erst ermöglichen.

Parallel zum Aufbau dieser Strukturen müssen konkrete Initiativen kreative Workarounds entwickeln, die erfolgreiche Kampagnen auch ohne ausgearbeitete Entwürfe für Vergesellschaftungsgesetze ermöglichen. Bei *Deutsche Wohnen & Co enteignen* beispielsweise fiel die Wahl auf einen (allerdings nicht in allen Bundesländern möglichen) Beschlussvolksentscheid. Dieser ist zwar nicht bindend, hat dafür aber die Möglichkeit eröffnet, eine breite Kampagne um den Volksentscheid zu entwickeln, die nicht auf die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs warten musste. Eine andere Möglichkeit besteht darin, statt auf Vergesellschaftung im Sinne von Artikel 15 GG auf die Rekommunalisierung von privaten Infrastrukturen sowie auf die Demokratisierung und Dekommodifizierung von öffentlichen Infrastrukturen zu zielen. Denn hierfür liegen die rechtlichen Hürden niedriger. Im Rahmen konkreter, lokaler Kampagnen lassen sich auch Allianzen mit nahestehenden Akteuren des grün-kapitalistischen sowie des sozial-defensiven Projekts anstoßen und ausbauen. Zudem lassen sich gesellschaftliche Gruppen erreichen, die nicht zum Kernmilieu des emanzipatorischen Hegemonieprojekts gehören. Dadurch kann die Perspektive einer emanzipatorischen Transformation an Sichtbarkeit und Anziehungskraft gewinnen.

Kampagnen, die um Volksentscheide herum aufgebaut werden, haben das Potenzial, verschiedene Praxisformen, die im emanzipatorischen Projekt aktuell erprobt werden oder bereits lange eingeübt sind (Kapitel 3), in einem perspektivweisenden Projekt zu verbinden. So können disruptive Aktionen des zivilen Ungehorsams und Demonstrationen die öffentliche Aufmerksamkeit auf große Konzerne und deren Geschäftspraktiken lenken und diese delegitimieren. Durch die Orientierung am geteilten Horizont der Vergesellschaftung und mittels konkreter kampagnenförmiger Enteignungsprojekte können diese Aktionen eine reine Abwehrhaltung überwinden und sie mit einer konstruktiven Transformationsperspektive verbinden.

Organizing-Ansätze und die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften sind für erfolgreiche Vergesellschaftungsvolksentscheide im Energiesektor (aber auch in der Industrie) zentral. Zugleich profitieren sie selbst durch die Verbindung von Organisierung mit einem konkreten zukunftsweisenden Projekt. Organizing braucht konkrete Anlässe, von denen ausge-

101 Expertenkommission zum Volksentscheid „Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen“: Abschlussbericht. Berlin, 2023.

hend sich Menschen organisieren können und wollen. Neben Abwehrkämpfen können das auch Volksentscheide sein. Zugleich ist es für Vergesellschaftung zentral, diejenigen Menschen zu organisieren und zu ermächtigen, die die Entscheidungsgewalt über vergesellschaftete Betriebe oder Sektoren einmal übernehmen sollen. Je weiter sich selbstorganisierte Strukturen „vor“ der Vergesellschaftung bereits entwickelt haben, desto erfolgreicher wird die Selbstorganisation „nach“ der Vergesellschaftung. Gerade die Entwicklung solcher längerfristig orientierten (Basis-) Strukturen stößt jedoch an die Grenzen kampagnenförmiger Organisationen, von denen Volksentscheide typischerweise getragen werden (s. unten).

Um mittel- und langfristig Vergesellschaftung zu erkämpfen und auch umzusetzen, reicht es nicht aus, sich auf Volksentscheide und begleitende Aktionen und (kurzfristige) Organizing-Praktiken zu beschränken. Neben diesen nicht nachhaltigen Optionen, die sich aus den beschränkten Machtressourcen und schwachen Organisationsformen des emanzipatorischen Hegemonieprojekts ergeben, zeigt die Perspektive auf Vergesellschaftung auch auf, dass mittelfristig der Aufbau machtvoller und stabiler Organisationen unvermeidlich ist, um eine emanzipatorische Transformation zu erkämpfen und umzusetzen.

Organisationsformen für den Aufbau von Macht und gesellschaftlicher Selbstverwaltung

In der wachsenden Landschaft von Kämpfen für Vergesellschaftung ist der Kampagnen-Charakter als Form des Zusammenschlusses vorherrschend. Dies kann als Ausdruck gegenwärtiger politischer Verhältnisse gedeutet werden (Vertrauensverlust in „alte politische Massenorganisationen“ wie Parteien, Gewerkschaften etc.). Der Kampagnen-Charakter bringt einige Vorteile mit sich. Die Kampagnen oder Initiativen zeichnen sich häufig durch einen niedrighwelligen, flexiblen und offenen Charakter aus und ziehen dadurch neben erfahrenen Aktivist*innen auch erstmals politisch aktiv gewordene Menschen an.¹⁰² Zudem können ein (im

Unterschied zu traditionellen Basisorganisationen) konkreter Themenbezug, eine weniger hierarchische Zusammenarbeit sowie die Möglichkeit zur spontanen Praxis als Stärke der Initiativenform angeführt werden.

Gleichzeitig ist auch die Form der Initiative nicht vor der Ausbildung von Hierarchien und Zugangsbeschränkungen geschützt. Am Beispiel von *Deutsche Wohnen & Co enteignen* lässt sich deren Herausbildung auf Grundlage von „materiellen Praxen von sozialen Bewegungen“ nachzeichnen, die in die herrschenden Verhältnisse eingebettet sind.¹⁰³ So bilden beispielsweise eine hohe sprachliche, soziale und Medienkompetenz sowie zeitliche (und damit auch finanzielle, gesundheitliche, familiäre ...) Kapazitäten implizit eine Voraussetzung für die regelmäßige aktive Teilnahme. Da die Mitgliedschaft in Initiativen auf aktiver Mitarbeit beruht, schränken diese Voraussetzungen die Zugänglichkeit von Initiativen stark ein. Dadurch taugen sie nicht zur Organisation größerer gesellschaftlicher Gruppen. Durch ihren Themenfokus sind sie zudem relativ kurzlebig, lokal gebunden und können nur schwer eine übergeordnete politische Perspektive entwickeln, vermitteln und verkörpern. Die Kampagnenform lässt sich insofern auch als Desorganisationsphänomen der emanzipatorischen Kräfte durch die Orientierung an staatlichen Selektivitäten interpretieren: Die Orientierung an der Aufgliederung von Politik in verschiedene Themenbereiche im Rahmen staatlicher Apparate (z. B. Ministerien) und Prozesse (z. B. Kopplungsverbot verschiedener Themen bei Volksentscheiden) führt zu einer Zersplitterung der emanzipatorischen Kräfte in nur lose verknüpfte themenfokussierte und fluktuierende Initiativen. Eine allgemeine politische Perspektive sowie mittelfristige Strategien bedürften stabilerer und themenübergreifender Organisationen. Insofern ist die Dominanz der kampagnenförmigen Organisationsform auch Ausdruck der Schwäche und Herausforderung für die Entwicklung des emanzipatorischen Hegemonieprojekts.

Für den mittelfristigen Aufbau von Machtressourcen, Wissen und auch einer themenübergreifenden und bundespolitischen Handlungsfähigkeit braucht es also zumindest ergänzend zu Kampagnen/Initiativen weitere, stabilere und breitere Organisationsformen. Die zentrale

102 Vgl. Becker, Jonas: Nur gemeinsam gewinnt man. Der Freitag, 8. Oktober 2021;

Kunkel, Kalle: Was hat „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ zu dem gemacht, was es ist? *sub|urban – zeitschrift für kritische stadtforschung* 10, Nr. 1 (2022), S. 221–236.

103 Kunkel, Kalle: Was hat „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ zu dem gemacht, was es ist? *sub|urban – zeitschrift für kritische stadtforschung* 10, Nr. 1 (2022), S. 221–236, hier: S. 222.

Herausforderung dabei ist, einerseits schlagkräftig auf dem Terrain des Staates zu werden und andererseits basisdemokratischen Charakter und Momentum zu erhalten. Für die Durchsetzungsfähigkeit im Staat ist die Parteiform naheliegend. Gleichzeitig haben die bitteren Niederlagen linkspopulistischer Parteien (wie im Fall von Corbyns Labour, Bernie Sanders' Präsidentschaftskampagne oder der Koalition der radikalen Linken, Syriza, in Griechenland) gezeigt, dass der kurze Weg zum Staat über Parteipolitik zum Scheitern verurteilt ist, wenn nicht breite und gesellschaftlich verankerte Bewegungen vorhanden sind. Das gilt umso mehr, da selbst wenn linke Regierungen an die Macht kommen sollten, die Gefahr der Kooptation in den Status quo und des Widerstands von Beharrungskräften in den Partei- und Staatsapparaten fortbesteht. Insofern kann die aktuelle (Außenseiter-)Position des emanzipatorischen Projekts auch als Vorteil verstanden werden: Abseits von Zwängen, die aus der Partizipation an der Macht entstehen und das Mögliche auf realpolitisch Machbares verkürzen, könnte es gewissermaßen freier an einem radikalen inhaltlichen Programm und stärkeren organisatorischen Strukturen arbeiten als im Rahmen von (möglichen) Regierungseteiligungen.

Zugleich bedarf es immer auch eines Aufbaus von Macht in Zivilgesellschaft, Verbänden sowie Betrieben und der organisierten Arbeiter*innenschaft als notwendigem Gegengewicht gegen entdemokratisierende Tendenzen parlamentarischer Politik. Die Geschichte der Grünen, die trotz ihrer Wurzeln in sozialen Bewegungen und zunächst auch demokratisierenden Grundprinzipien, wie der Trennung von Amt und Mandat sowie dem Postulat einer Doppelspitze, erfolgreich in die herrschenden Verhältnisse kooptiert wurden, weist auf diese grundlegende Problemstellung hin. Zuletzt hat auch die zunehmende Entkoppelung der Linksfraktion im Bundestag von der Basis gezeigt, dass parlamentarische Logiken Gegengewichte brauchen. Gleichzeitig muss linke Politik zumindest prinzipiell einen Universalitätsanspruch erheben, sie muss Allgemein- statt Partikularinteressen gegen das Kapital vertreten und sie muss eben auch realistische Durchsetzungsperspektiven entwickeln. Dafür bleibt trotz aller Widrigkeiten langfristig die Parteiform zentral.

Die in Kapitel 3 beschriebenen derzeitigen Praxisformenstränge der inneren Transformation von Institutionen wie der Linkspartei sind wichtige Anknüpfungs-

punkte für die Entwicklung politischer Praxis, die sich in der strategischen Perspektive der Vergesellschaftung am mittel- und langfristigen Macht- und Organisationsaufbau orientiert, statt sich unmittelbar und ohne Macht auf das Territorium des Staates zu begeben. „Labour turn“ und Organizing können ebenfalls Grundlagen für eine Vergesellschaftungsperspektive bilden, wenn es gelingt, nicht nur *für* einzelne Kampagnen, sondern auch *in* dauerhaftere Organisationsformen *hinein* zu organisieren. Dies setzt eine vereinende Perspektive voraus.

Linke Organisationsformen (ob in, an oder außerhalb von Parteien), die die Eigentumsfrage stellen wollen, müssen es schaffen, Expertise sowie Erfahrung aufzubauen, Aktivist*innen langfristig zu halten und gleichzeitig auch diejenigen Menschen einzubinden, die zwar für linke Politik offen sind, aber keine Möglichkeit haben, sich kontinuierlich in aktivistischen Strukturen zu organisieren. Kleine, aber langfristig organisierte und erfahrene Gruppen können punktuell und lokal Machtaufbau in Betrieben und Zivilgesellschaft betreiben. Sie müssen sich aber gleichzeitig als Teil eines kohärenten Ganzen verstehen können. Gleichzeitig muss linke Organisation auch die Übernahme staatlicher und wirtschaftlicher Funktionen präfigurieren und darum einen radikaldemokratischen Anspruch und die Orientierung auf Selbstverwaltung erhalten.

Das Ziel von Vergesellschaftung ist eine demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft, weil staatliche oder privatwirtschaftliche Verwaltung Diskriminierung, Ausschlüsse und Umweltzerstörung (re-)produziert. Der Anspruch an die über Artikel 15 GG umzusetzende Überführung in Gemeineigentum ist auch, eben diese Dynamiken einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mithilfe eines radikaldemokratischen Gegenentwurfs zu überwinden.¹⁰⁴ Zu diesem Zweck müssen neben formalen Träger-Strukturen des Gemeineigentums vor allem demokratische Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut werden. Ansätze des Basis-Organizing im Rahmen von Vergesellschaftungsprojekten müssen insofern einerseits Macht aufbauen. Andererseits müssen sie mit dem Anspruch verfolgt werden, auf die Entwicklung solcher Selbstverwaltungsstrukturen selbst hinzuführen. Die Basis der politischen Massenorganisationen, die auch zur Durchsetzung von Vergesellschaftung nötig sind, muss zugleich die Keimzellen der vergesellschafteten Wirtschaft selbst bilden.

104 Vgl. Deutsche Wohnen & Co enteignen: Gemeingut Wohnen. Berlin, 2023, S. 15; RWE & Co enteignen: Nehmen was uns zusteht. Klimagerechtigkeit heißt Vergesellschaftung. 2023.

Literaturverzeichnis

AfD (Alternative für Deutschland): Grundsatzprogramm. 2016. <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

--: Energie | Umwelt | Klima. 2017.

<https://www.afd.de/energie-umwelt-klima/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

--: Europa neu denken. 2024.

<https://www.afd.de/europa-neu-denken/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

--: Ampel aufhalten – Heizhammer stoppen!

<https://www.afd.de/heizhammer-stoppen/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Banhierl, Lemon / Henze, Justus / Wilken, Maximilian: Eine strategische Perspektive entwickeln. In: Pfaff, Tino (Hrsg.): Vergesellschaftung und die sozialökologische Frage. Oekom, München, 2024, S. 211–224.

Becker, Jonas: Nur gemeinsam gewinnt man. Der Freitag, 8. Oktober 2021. <https://www.freitag.de/autoren/pjb/nur-gemeinsam-gewinnt-man> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Becker, Lia: Blockierte Transformation und rechte Offensive. Zeitschrift Luxemburg, 2023. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/blockierte-transformation-und-rechte-offensive/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Bensmann, Marcus / Daniels, Justus von / Dowideit, Annette / Keller, Gabriela / Peters, Jean: Geheimplan gegen Deutschland. Correctiv – Recherchen für die Gesellschaft, 10. Januar 2024. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Berfelde, Rabea / Blumenfeld, Jakob: Von der Vergesellschaftung zur Planung und wieder zurück. Über alte und neue Debatten um Wirtschaftsplanung und Vergesellschaftung. In: Demokratische Planwirtschaft in Zeiten von Digitalisierung und Klimakrise. PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 54, Nr. 215, 2024, S. 177–193.

Berndt, Mathias / Holm, Andrej: Vergesellschaftung senkt die Miete. Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2023. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studie_1-23_Vergesellschaftung.pdf.

Beutin, Lorenz Gösta: Rechter Kulturkampf ums Heizungsgesetz. Zeitschrift Luxemburg, 2023. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/kulturkampf-um-heizungsgesetz/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Blume, Oliver: Ich wünsche mir in der Verbrenner-Diskussion weniger Emotionen. Interviewt von Max Hägler und Lisa Nienhaus. Süddeutsche Zeitung, 25. März 2023. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/volkswagen-unternehmen-verbrenner-e-fuels-oliver-blume-1.5775330?reduced=true> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Braun, Louisa Theresa: Ende Gelände und Lebenswertes Rügen: Alle zusammen gegen LNG. Neues Deutschland, 26. September 2023. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1176589.klimagerechtigkeitsbewegung-ende-gelaende-und-lebenswertes-ruegen-alle-zusammen-gegen-Ing.html> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Brunnemann, Eva / Rosswog, Tobias (Hrsg.): VW steht für Verkehrswende. Konversion & Vergesellschaftung zwischen Theorie und Praxis. Graswurzelrevolution, Heidelberg, 2023.

Büchling, Cedric: Eine (nicht) besetzte Fabrik. Zu Besuch bei ex:GKN in Florenz. express, Nr. 2/2024. <https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2024/02/Buechling-express0224.pdf> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Buckel, Sonja / Georgi, Fabian / Kannankulam, John / Wissel, Jens: Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Transcript, Bielefeld, 2014, S. 15–84.

BUND / IG Metall: Energie- und Mobilitätswende: Die kommende Bundesregierung muss zügig handeln! 2021. https://www.igmetall.de/download/20211022_Forderungspapier_Mobilitaetswende_BUND_IGMetall_1102498331608d869db96477b56db25180a50550.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

BMWK (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz): Industriepolitik in der Zeitenwende. Berlin, 2023. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriepolitik-in-der-zeitenwende.pdf?__blob=publicationFile&v=16 (letzter Zugriff am 26.07.24).

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion: Transformation gestalten – Rahmenbedingungen schaffen, vorausschauend und verantwortungsvoll. 2023. https://www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/Fraktionsbeschluss_Transformation_gestalten.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

Candeias, Mario: Interregnum – molekulare Verdichtung und organische Krise. In: Demirović, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian / Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. VSA Verlag, Hamburg, 2011, S. 45–61.

--: Der Übergang. Zeitschrift Luxemburg, 2022. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-uebergang/> (letzter Zugriff am 26.07.24)

--: Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Zeitschrift Luxemburg, 2023. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

CDU Präsidium: Unser Ziel: Klimaneutralität deutlich vor Mitte des Jahrhunderts. Berlin, 2021. https://assets.ctfassets.net/hwnwl7ifahow/69tLw3BEtuyaNGhsRNO9JR/a3a192efe825d151e41b038270cd175d/Unser_Ziel_Klimaneutralit_t_deutlich_vor_Mitte_des_Jahrhunderts.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

communia (Hrsg.): Neue Energie für Vergesellschaftung – Vergesellschaftung für neue Energie. Schieder-Schwalenberg, 2023. https://communia.de/wp-content/uploads/vergesellschaftung_Broschuere_Web.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

communia & BUNDjugend (Hrsg.): Öffentlicher Luxus. Karl-Dietz-Verlag, Berlin, 2023.

Council of Europe / European Committee of Social Rights: Conclusions XXII-3. 2022. <https://rm.coe.int/conclusions-xxii-3-2022-germany-e/1680aa9854> (letzter Zugriff am 26.07.24).

CSU (Christlich-Soziale Union): Für ein neues Miteinander. Das Grundsatzprogramm der CSU. München, 2023. <https://www.csu.de/common/download/CSU-Grundsatzprogramm.pdf> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Decker, Frank: Etappen der Parteigeschichte der Grünen. Bundeszentrale für politische Bildung, 6. Februar 2023. <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/gruene/42151/etappen-der-parteigeschichte-der-gruenen/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

DPA (Deutsche Presse-Agentur): DGB-Chefin warnt vor Überforderung durch Klimapolitik. FAZ Online, 1. Juni 2024. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/dgb-chefin-warnt-vor-ueberforderung-durch-klimapolitik-19757656.html> (letzter Zugriff am 26.07.24).

--: CDU drückt beim Windkraftausbau aufs Tempo. ZEIT Online, 6. März 2024. <https://www.zeit.de/news/2024-03/06/cdu-drueckt-beim-windkraftausbau-aufs-tempo> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Deutsche Wohnen & Co enteignen: Wie Vergesellschaftung gelingt. Zum Stand der Debatte. Parthas Verlag, Berlin, 2022.

--: Gemeingut Wohnen. Berlin, 2023. https://content.dwenteignen.de/uploads/Gemeingut_Wohnen_3a03fa4c87.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

Eckstein, Lara / Heinisch, Franziska: Wirksam werden. Zeitschrift Luxemburg, 2022. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wirksam-werden/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Eder, Stefan: Chemie: Gewerkschaft IG BCE fordert Staatshilfen für Energiewende. VDI Nachrichten, 15. Januar 2024. <https://www.vdi-nachrichten.com/wirtschaft/politik/chemie-gewerkschaft-igbce-fordert-staats-hilfen-fuer-energiewende/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Expertenkommission zum Volksentscheid „Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen“: Abschlussbericht. Berlin, 2023. https://www.berlin.de/kommission-vergesellschaftung/assets/abschlussbericht_vergesellschaftung-grosser-wohnungsunternehmen-230627.pdf?ts=1704987610 (letzter Zugriff am 26.07.24).

FDP (Freie Demokratische Partei): Deutschland zündet den Turbo für Freiheitsenergien. 2022. <https://www.fdp.de/deutschland-zuendet-den-turbo-fuer-freiheitsenergien> (letzter Zugriff am 26.07.24).

--: Deutschland zur Wasserstoffrepublik machen. <https://www.fdp.de/seite/deutschland-zur-wasserstoffrepublik-machen> (letzter Zugriff am 26.07.24).

FDP Bundesgeschäftsstelle: Argumente. Stärkung von Freiheitsenergien – eine marktwirtschaftliche Energiewende. 2022. https://www.fdp.de/sites/default/files/2023-01/20220713_Argumente_Freiheitsenergien.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

FDP Bundesparteitag: Beschluss des 74. Ordentlichen Bundesparteitages: Strategischer Rahmen für die Energieversorgung in Deutschland. 2023. <https://www.fdp.de/beschluss/beschluss-des-74-ord-bundesparteitages-strategischer-rahmen-fuer-die-energieversorgung> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Fleckenstein, Hanno: Zusammenarbeit von FDP, CDU und AfD. Nächster Dammbbruch in Thüringen. taz Berlin, 2023. <https://taz.de/Zusammenarbeit-von-FDP-CDU-und-AfD/!5974293/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Freitag, Max: Proteste gegen Werk in Grünheide: Tesla in Bedrängnis. Neues Deutschland, 12. Mai 2024. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1182118.klimaaktivismus-proteste-gegen-werk-in-gruenheide-tesla-in-bedraengnis.html> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Fried, Barbara / Wischnewski, Alex: Care-Arbeit vergesellschaften. Kommunalpolitische Werkzeugkiste für eine „Sorgende Stadt“. Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin, 2024. <https://www.rosalux.de/publikation/id/52058/care-arbeit-vergesellschaften> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Gensel, Loréne: CDU, FDP und AfD erschweren Bau von Windrädern in Thüringer Wäldern. MDR Thüringen, 8. Dezember 2023. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/windraeder-wald-gesetz-fdp-strom-100.html> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Götze, Susanne / Jeroes, Annika: Koalition der Klimawandelleugner. Spiegel Online, 25. Januar 2020. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/koalition-der-klimawandelleugner-a-c1a03be4-8921-4898-a4f3-a11a1c814008> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. Bd. 4. Argument Verlag, Hamburg, 1992.

Grebenjak, Manuel: Kipppunkte. Strategien im Ökosystem der Klimabewegung. Unrast Verlag, Münster, 2024.

--: Streiken, kleben, und dann: Wohin geht die Klimabewegung? Der Standard, 2. Mai 2023. <https://www.derstandard.at/story/2000145825740/streiken-kleben-und-dann-wohin-geht-die-klimabewegung> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Grothmann, Torsten / Frick, Vivian / Harnisch, Richard / Münsch, Marlene / Kettner, Sara Elisa / Thorun, Christian: Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) / Umweltbundesamt (UBA), Dessau-Roßlau, 2023. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/3521/publikationen/umweltbewusstsein_2022_bf-2023_09_04.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

GRÜNE (Bündnis 90/Die Grünen): „...zu achten und zu schützen...“ Veränderung schafft Halt. Grundsatzprogramm. Berlin, 2020. https://cms.gruene.de/uploads/assets/20200125_Grundsatzprogramm.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

Hamburger Energietisch: Zehn Jahre nach dem Energienetze-Volksentscheid in Hamburg. 16. September 2023. <https://www.hamburger-energietisch.de/zehn-jahre-nach-dem-energienetze-volksentscheid-in-hamburg/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Hoffrogge, Ralf: Gemeineigentum als Krisenlösung – Die IG Metall und die Bewegung zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie 1980–1987. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 71, Nr. 9/2023, S. 738–759.

IG BCE: Energiewende aber richtig. Hannover, 2017. <https://igbce.de/resource/blob/15818/2328485260d07624e056c3f4175cecf3/energiewende-aber-richtig-data.pdf> (letzter Zugriff am 26.07.24).

IG Metall: Deshalb ist die Förderung für Elektroautos richtig. 27. April 2016. <https://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/wirtschaftspolitik/deshalb-ist-die-foerderung-fuer-elektroautos-richtig> (letzter Zugriff am 26.07.24).

--: Wasserstoff treibt an. <https://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/umwelt-und-energie/wasserstoff-treibt-an> (letzter Zugriff am 26.07.24).

I. L. A. Kollektiv (Hrsg.): Das Gute Leben für Alle. Wege in die solidarische Lebensweise. Oekom, München, 2019.

Janson, Matthias: Gewerkschaften verzeichnen teils steigende Mitgliederzahlen. Statista, 26. Februar 2024. <https://de.statista.com/infografik/31808/anzahl-der-mitglieder-in-den-gewerkschaften-des-deutschen-gewerkschaftsbunds/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Kannankulam, John / Georgi, Fabian: Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen (Arbeitspapier Nr. 30). Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Phillips-Universität-Marburg, 2012.

Kühn, Timm: Kein linker heißer Herbst. Taz Online, 30. Dezember 2022. <https://taz.de/Kein-linker-heisser-Herbst!/5902825/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Kunkel, Kalle: Was hat „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ zu dem gemacht, was es ist? sub|urban – Zeitschrift für kritische Stadtforschung 10, Nr. 1 (2022), S. 221–236.

Langlotz, Gesine: Wir müssen über die Vergesellschaftung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sprechen. Dissens Podcast, 2023. <https://podcast.dissenspodcast.de/b11-enteignung> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Latocha, Tabea: Better Believe the Hype! Neues Deutschland, 14.10.2022. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1167697.vergesellschaftung-better-believe-the-hype.html> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Litschko, Konrad: Maaßens Werteunion wird Partei: Zu Diensten der AfD. taz Online, 21.01.2024. <https://taz.de/Maassens-Werteunion-wird-Partei!/5986757/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Mendgen, Alisha: Aufrüstung, Abwehr, weniger Klimaschutz. Frankfurter Rundschau, 11. März 2024. <https://www.fr.de/hintergrund/aufruistung-abwehr-weniger-klimaschutz-92884401.html> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Müller, Tazio: Bewegung Jenseits des Scheiterns, oder: die Klimabewegung ist tot. Es lebe die Klimabewegung! Friedliche Sabotage, 21. September 2023. <https://steadyhq.com/de/friedlichesabotage/posts/ba3b30d2-e4b5-4646-b5b5-e82d21f3e28d> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Müller-Vahl, Rika: Streiken für's Gemeinwohl: #WirFahrenZusammen weiter. Luxemburg Zeitschrift, 2024. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-fahren-zusammen-weiter/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Pegels, Anna / Prinz, Anna: The role of labour power in sustainability transitions: Insights from comparative political economy on Germany's electricity transition. Energy Research & Social Science, Bd. 41, 2018. <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2214629618303554> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Peter, Erik: Aufruf zum Strompreis-Boykott. taz Online, 10. Januar 2023. <https://taz.de/Kampagne-Wir-zahlen-nicht!/5908163/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Rackete, Carola und Momo: Wir brauchen die Vergesellschaftung der Klimagerechtigkeitsbewegung. Lower Class Magazine, 24. Februar 2023. <https://lowerclassmag.com/2023/02/24/wir-brauchen-die-vergesellschaftung-der-klimagerechtigkeitsbewegung/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

RWE & Co enteignen: Nehmen was uns zusteht. Klimagerechtigkeit heißt Vergesellschaftung. 2023. https://rwe-enteignen.de/wp-content/uploads/2023/05/Nehmen-was-uns-zusteht-Klimagerechtigkeit-heisst-Vergesellschaftung_mitLinks-1.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

Sander, Hendrik: Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland – Entwicklung und Perspektiven. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2016. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onlinestudie_Klimagerechtigkeit.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

--: An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2022. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/4-22_Onl-Publ_GruenerKapitalismus_web.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) / GRÜNE (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) / FDP (Freie Demokratische Partei): Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Berlin, 2021. https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

Stauder, Jörg: 300.000 bei „Fridays for Future“ in Deutschland. Klimareporter, 15. März 2019. <https://www.klimareporter.de/protest/300-000-bei-fridays-for-future> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Stoll, Niklas: Vergesellschaftung als Transformationsstrategie. PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 52, Nr. 209, 2022, S. 631–648. <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i209.2024>.

Stupka, Jenny: Die politisch-strategischen und theoretischen Potenziale von Vergesellschaftung. In: communia (Hrsg.): Neue Energie für Vergesellschaftung – Vergesellschaftung für neue Energie. Schieder-Schwabenberg, 2023, S. 12–17. https://communia.de/wp-content/uploads/vergesellschaftung_Broschuere_Web.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

Tagesschau: IG-Metall fordert 600-Milliarden-Sondervermögen. [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/wirtschaft/ig-metall-forderung-sondervermoegen-100.html), 13. Januar 2024. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/ig-metall-forderung-sondervermoegen-100.html> (letzter Zugriff am 26.07.24).

--: „Ich mache mir große Sorgen, dass ...“. [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/charts/umfrage-wahlentscheidend/chart_1670774.shtml), 9. Juni 2024. https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/charts/umfrage-wahlentscheidend/chart_1670774.shtml (letzter Zugriff am 26.07.24).

Thiele, Lasse: Energietarife: Transformative Wege aus der Krise. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.): Bausteine für Klimagerechtigkeit. Konzeptwerk Neue Ökonomie, 2022. https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2022/09/Dossier_Energietarife_KNOE_2022.pdf (letzter Zugriff am 26.07.24).

--: Klimabewegung: Alltag statt Abstraktionen. [nd.de](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1178819.klimagerechtigkeit-klimabewegung-alltag-statt-abstraktionen.html), 28. Dezember 2023. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1178819.klimagerechtigkeit-klimabewegung-alltag-statt-abstraktionen.html> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Treblin, Johanna: Rettungsaktion: Bitte eintreten. taz Online, 20. November 2023. <https://taz.de/Initiative-fuer-die-Linkspartei/!5971107/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Tschenker, Theresa: Wir fahren zusammen, aber streiken müssen wir allein. [verfassungsblog.de](https://verfassungsblog.de/wir-fahren-zusammen-aber-streiken-muessen-wir-allein/), 8. April 2024. <https://verfassungsblog.de/wir-fahren-zusammen-aber-streiken-muessen-wir-allein/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Urban, Hans-Jürgen: „Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliches Eigentum entstehen“. Interviewt von Eva Völpel und Moritz Warnke. Zeitschrift Luxemburg, 2022. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wo-oeffentliches-geld-fliesst-muss-oeffentliches-eigentum-entstehen/> (letzter Zugriff am 26.07.24).

Wermeier, Lucas / Bosse, Johannes: Was die Klimagerechtigkeitsbewegung aus Lützerath lernen sollte. [jacobin.de](https://www.jacobin.de/artikel/was-die-klimagerechtigkeitsbewegung-aus-luetzerath-lernen-sollte-raeumung-gruene-habeck-rwe-fridays-for-future-lucas-wermeier-johannes-bosse), 11. Januar 2023. <https://www.jacobin.de/artikel/was-die-klimagerechtigkeitsbewegung-aus-luetzerath-lernen-sollte-raeumung-gruene-habeck-rwe-fridays-for-future-lucas-wermeier-johannes-bosse> (letzter Zugriff am 26.07.24).